

Über Humankapital und einige seiner Familienprobleme

1. Vorbemerkung zum Verfahren der Ideologiekritik

„Im Ausdruck: 'Wert der Arbeit' ist der Wertbegriff nicht nur völlig ausgelöscht, sondern in sein Gegenteil verkehrt. Es ist ein imaginärer Ausdruck, wie etwa Wert der Erde. Diese imaginären Ausdrücke entspringen jedoch aus den Produktionsverhältnissen selbst. Sie sind Kategorien für Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse. Dass in der Erscheinung die Dinge sich oft verkehrt darstellen, ist ziemlich in allen Wissenschaften bekannt, außer in der politischen Ökonomie. (...) Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in den Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle ihre apologetischen Flausen der Vulgärökonomie (Marx 1976, S. 559 / S. 562).“

Ideologiekritik ist Kritik falschen Bewusstseins. Sie hat die „imaginären Ausdrücke“ zu analysieren und deren Irrationalität nachzuweisen. Das reicht aber nicht. Sie hat die falschen Kategorien, die konstitutiv sind für die Art und Weise wie dem Bewusstsein, die wirklichen, wesentlichen Verhältnisse erscheinen, selbst zu konstruieren, darzustellen, wie unter Bedingung kapitalistischer Produktionsverhältnisse das Bewusstsein notwendig solchen Mystifikationen verfällt. Weder ist der Überbau von der Basis kausal abzuleiten, noch stehen sie im Verhältnis der Wechselwirkung zueinander, sondern sie sind verkehrt, widersprüchlich in sich und darum gegeneinander. Ihre dialektische Beziehung erfasst Marx' in der Figur der Verkehrung. Sie bildet auch das methodische Zentrum der folgenden Darstellung der Ideologie des Humankapitals. Denn Verkehrung ist auch hier am Werk: In ihr wird die Arbeitskraft außerhalb des Produktionsprozesses mit ihrem Widerpart Kapital identisch gesetzt.¹

Eine Ideologiekritik, die sich die Durchführung dieser Dialektik erspart und die Notwendigkeit der Mystifikationen in deren Funktionalität für die Aufrechterhaltung und Verklärung bestehender Verhältnisse oder gar dem Interesse daran erwiesen sieht, verfällt selbst der Mystifikation. Sie erkennt nicht einmal, was sie zu wissen meint, nämlich was durch die Ideologie verdeckt wird. Es sei erlaubt, dies an einem Beispiel zu erläutern. Der sich selbst so titulierende Armutsforscher Butterwegge hat in einem Vortrag am 28. April 2010 vor der Jahreshauptversammlung des GEW-Stadtverbandes Köln festgestellt, dass Armut in der gängigen medialen Darstellung kulturalisiert würde. Damit meinte er, dass als wesentliche Ursache von Armut ein Mangel an Bildung angeführt

1 Vgl. das Kapitel „Verdinglichung“ in diesem Aufsatz.

werde. Nun ist zweifellos zutreffend, dass, wie er weiter ausführte, nicht ein Mangel an Bildung, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse ursächlich für die Armut sind, – dass die einen arm sind, weil die anderen reich sind. Er schloss daraufhin, dass die Kulturalisierung der Armut eine Ideologie sei, die dazu diene, das Skandalon dieser Gesellschaft, die Armut, zu verdecken. Die Argumentation offenbart einen Mangel an gesellschaftlicher Erfahrung in Sachen Diskurslogik, die einem politischen Akteur der Linken nicht gut ansteht. Denn sie stellt sich nicht dem sonderbaren Phänomen, dass das, was angeblich mit allen Mitteln verdeckt werden soll, überhaupt im öffentlichen Diskurs Aufnahme findet und dass es nur in einer bestimmten Form, als Kinderarmut, diskutiert wird. Die Armut wird nicht thematisiert, weil sie sich einem Mangel an Bildung verdankt, sondern weil arme Elternhäuser nur wenig gebildete zukünftige Arbeitskräfte hervorbringen. Grund des verqueren öffentlichen Diskurses, der von Herren geführt wird, denen die Armut sonst herzlich egal ist, ist der Bedarf der Industrie an ausgebildeten Arbeitskräften. Nur in diesem Zusammenhang ist die Armut plötzlich von Interesse. Und dieses Interesse besteht darin, auch in Zukunft eine ausreichende Menge produktiver Arbeitskräfte zu haben, aus denen sich Mehrwert herauspressen lässt. Nur diese Interpretation zeigt den Diskurs als funktional innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, weil erst dann überhaupt eine Beziehung zwischen Armut und Reichtum deutlich wird. Denn nur wenn zwischen Armen und Reichen ein Ausbeutungsverhältnis besteht, sind die einen notwendig reich, weil die anderen arm sind und umgekehrt. Funktional ist aber der Diskurs allein, weil er motiviert ist von einer Dysfunktionalität der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Armut hervorbringen, deren Stabilität aber in wachsendem Maße von der Verfügbarkeit ausgebildeter Arbeitskräfte abhängt, die die Armen nicht produzieren können. Wird nun im öffentlichen Diskurs unterm Label der Fürsorge für die Armen die Nützlichkeit des Bildungsprivilegs in Frage gestellt, über das man bisher in der BRD mit Argusaugen wachte, so zeigt dies eine gesellschaftliche Veränderung innerhalb bestehender Produktionsverhältnisse an, die eine Ideologiekritik, die noch gesellschaftliche Erfahrung artikulieren will, zu reflektieren hat. Die herrschenden Gedanken sind zwar die Gedanken der Herrschenden, aber auch sie sind beherrscht von der Form des Ausbeutungsverhältnisses, von dem sie profitieren. Ideologiekritik Marke Butterwegge sieht die Notwendigkeit falschen Bewusstseins nicht in die falschen Kategorien und Diskurse konstituierenden Prozess, der sich hinter dem Rücken und durch die Köpfe von Kapitalisten wie Arbeitern hindurch seinen Weg bahnt, und ist deshalb nicht mehr kritisch. Ihre Hilflosigkeit offenbaren die politischen Forderungen, die aus ihr abgeleitet werden, und die sich kaum mehr von dem unterscheiden, was derzeit sowieso per Reform von oben verordnet wird. Weil sie weder einen Begriff von dem Verhältnis, auf das sie sich bezieht, noch von dessen interner Dynamik hat, gerät sie ungewollt selbst zur Ideologie und verkleistert den Blick eher, als dass sie

ihn schärft.

Will Ideologiekritik nicht nur modisch auf der Höhe ihrer Zeit sein, sondern sich ihre kritische Qualität bewahren, muss sie ihren Gegenstand, das falsche Bewusstsein ihrer Zeit, ernst nehmen und seine Veränderung als Index gesellschaftlicher Veränderung begreifen lernen. Nur so wird sie dem Begriff der Ideologie gerecht, demzufolge das Bewusstsein selbst Moment jener Wirklichkeit ist, die es in verkehrter Form darstellt. Der Widerspruch zwischen Bewusstsein und Wirklichkeit ist selbst Signum einer falschen Einrichtung der menschlichen Verhältnisse. Ökonomische Kategorien wie die des Humankapitals sind, um es mit Marx zu sagen: objektive Gedankenformen. Sie sind nicht nur die Form, in der der Kapitalist den wirtschaftlichen Prozess denkt, sondern auch die des Denkens des Arbeiters und damit der Kitt, der alles zusammenhält.

Der deutlich schwierigeren Aufgabe, den gesellschaftlichen Prozess zu denken, der durch die Kategorie des Humankapitals indexiert wird, stellt sich die von Foucaults Geschichte der Gouvernmentalität inspirierte Kritik Edgar Forsters am Humankapital. Er benennt ohne Umschweife die Transformation von Arbeit in Humankapital als Charakteristikum des vor sich gehenden komplexen politisch-ökonomischen Prozesses, in dem Arbeit auf das gesamte Leben ausgedehnt wird.² Die erkenntnistheoretisch umstandslose Annahme eines wirklichen Transformationsprozesses, der dann auch wirkliches Humankapital zum Resultat haben müsste, bildet das andere Extrem zur oben beschriebenen begriffslosen und kurzschlüssigen Ideologiekritik Butterwegges, die zufrieden ist, wenn sie Falsches bezeichnen kann. Wenn Butterwegge die Ideologie zu leicht nimmt, sie von der gesellschaftlichen Entwicklung abkoppelt und deshalb auch ganz schnell mit ihr fertig ist, nimmt Forster sie zu ernst. Er nimmt sie, um es pointiert auszudrücken, für bare Münze.³ Humankapital ist ein „imaginärer Ausdruck“, ein Widerspruch in sich. Es ist nicht möglich diese Kategorie zu denken und sie ist dementsprechend auch nicht geeignet, einen wie immer gearteten Transformationsprozess theoretisch adäquat zu erfassen.⁴ Trotzdem gibt Forsters Rede von einem realen Transformationsprozess einen entscheidenden

2 „Charakteristisch für diesen komplexen politisch-ökonomischen Prozess ist die Transformation von Arbeit in Humankapital, mit dem Effekt, dass der gesellschaftliche Wettbewerb totalisiert wird (Forster 2010, S. 107).“ Es sei an dieser Stelle, bevor die Kritik dieses Ansatzes folgt, hervorgehoben, dass durch die Rede von einem wirklichen Transformationsprozess dem Autor dieses Aufsatzes überhaupt erst das Licht aufgesteckt wurde, wie an die Sache, die sein Thema ist, herangegangen werden könne.

3 Das ist in bezug auf Forsters Aufsatz übertrieben formuliert. Hier wird der Sack geschlagen und der Esel gemeint. Der Autor ist sich dessen bewusst, verfährt aber der Klarheit wegen so. Im Gegensatz zu Foucault bewahrt sich Forster den ihm eigenen kritischen Impuls. Der Sache nach ist allerdings der Übergang zu einer reinen Beschreibung von Regierungspraktiken, ohne dass die Tatsache, dass immer noch Menschen über Menschen herrschen, noch irgendwelche Irritation theoretischer Art erregt, in der Behauptung der Wirklichkeit von Humankapital angelegt.

4 Foucaults überspitzte Interpretation von Nietzsches Kritik an der Idee der Wahrheit hat ihn Abstand nehmen lassen vom Begriff der Ideologie, der die Möglichkeit zwischen wahr und falsch zu unterscheiden, voraussetzt. Dass seine Gouvernmentalitätsanalyse trotzdem treffende und beachtenswerte Ergebnisse zeitigte, liegt daran, dass den Regierungspraktiken eine zunehmende Bedeutung in dem gesellschaftlichen Prozess zukommen, den er nicht reflektiert. (Vgl. zur Kritik an Foucault: Casale 2008, S. 36-44)

Fingerzeig, für den Weg, den die Ideologiekritik einzuschlagen hat. Soll es einen, wenn auch verkehrten Zusammenhang zwischen falschem Bewusstsein und gesellschaftlicher Entwicklung geben, muss es irgendeine Wirklichkeit geben, die durch die Kategorie des Humankapitals erfasst werden soll. Der Transformationsprozess der ökonomischen Wissenschaft, der die Kategorie des Humankapitals zeitigt, ist aber von dem gesellschaftlichen Transformationsprozess, der sich darin reflektiert, und dieser wieder von dem Transformationsprozess zu unterscheiden, dessen Resultat das vermeintliche Humankapital sein soll. Zwar bilden die unterschiedenen Prozesse eine Einheit, aber diese erschließt sich erst vom letzten aus, der eher der Produktionsprozess des angeblichen Humankapitals als ein Transformationsprozess zu nennen ist. Forster hingegen fokussiert den zweiten, den geschichtlichen Transformationsprozess. Er betrachtet, welche Formveränderung die Arbeit im allgemeinen erfährt. Da er nicht den Gegenstand bestimmt, der unter der Kategorie des Humankapitals befasst wird, nämlich die Ware Arbeitskraft als die Quelle der Verwertung des Werts, entgeht ihm die Spezifik des Prozesses, in dem diese produziert wird und damit auch die des Transformationsprozesses, den er erläutern will.

Der Produktionsprozess der Ware Arbeitskraft ist jedoch ebenso der blinde Fleck der Ideologie des Humankapitals. Darin zeigt sie sich als Fortsetzung aller bürgerlichen Ideologie. Ihn überhaupt in die Betrachtung aufzunehmen, fehlen ihr die Kategorien, genauer: ihre Kategorien verdecken ihn systematisch. Ihre Vertreter handeln nur von Investitionen in das, was sie Humankapital nennen. Wie das investierte Kapital aus seiner Normal-, der Geldform, sich in die Form des Arbeitsvermögens verwandelt, muss ihnen auf der ökonomischen Ebene verschlossen bleiben.

2. Entfaltung des ideologiekritischen Potential des frühen Feminismus

Will man dem Geheimnis dieses Produktionsprozesses auf die Spur kommen, wird man auf die frühe feministische Theorie zurückgreifen müssen. Indem sie die Reproduktionsarbeit thematisierte, lenkte sie den Blick auf einen Produktionsprozess, der, weil darin kein Mehrwert, mithin kein Kapital produziert wurde, sowohl für die bürgerliche Ökonomie, als auch für deren marxistische Kritik keine besondere Bedeutung hatte. Dass der frühe Feminismus damit ein Licht warf auf die im Dunkeln belassenen Familienverhältnisse, begründete seine große politische Wirkung. Dass für ihn die Beleuchtung der Ausbeutung der Frauen in einem archaisch anmutenden persönlichen Abhängigkeitsverhältnis im Zentrum stand, limitierte damals hingegen seine ökonomietheoretische Wirkung.

Denn um die Frauenausbeutung unterm Kapitalverhältnis bewusst zu machen, musste der Feminismus die Reproduktionsarbeit zu produktiver Arbeit im Sinne des Kapitals stilisieren und gerade jenen Aspekt an ihrem Begriff negieren, der in Bezug auf die Ideologie des Humankapitals

sein kritisches Potential ausmacht, nämlich, dass sie ökonomisch betrachtet immer nur die Konsumtion der Arbeitskraft vermittelt. Es war deshalb auch nicht allzu schwierig für die männlichen marxistischen Genossen, die Ausbeutung der Frauen zu einem Nebenwiderspruch der gesellschaftlichen Verhältnisse herabzusetzen.

Der Wert der Arbeitskraft ist bei Marx durch den Wert der Lebensmittel bestimmt, derer sie zu ihrer Reproduktion bedarf, also durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die durchschnittlich zu deren Produktion aufgewendet werden muss. An der Konsumtionszeit interessiert unter kapitalistischen Bedingungen die Ökonomen nur, dass sie möglichst kurz gehalten wird. Tatsächlich enthält sie auch einen produktiven Anteil. Lebensmittel im wörtlichen Sinn müssen zubereitet, länger haltbare wie Kleidung oder Wohnung gepflegt, sauber und instand gehalten werden. In der sich an der bürgerlichen Familie orientierenden Arbeiterfamilie übernahm traditionell diese Arbeiten die Frau. Der reinen Theorie nach entspricht der Lohn nicht nur dem Wert der Lebensmittel, die zur Reproduktion der individuell mit diesem Lohn bezahlten Arbeitskraft nötig sind, sondern enthält auch eine gesellschaftliche Komponente. Denn ist die Arbeitskraft im Laufe eines Arbeitslebens verschlissen, muss sie ersetzt werden. Da die Frau wesentlicher Produktionsfaktor für die Erzeugung des Ersatzes ist, in der traditionellen Familie seine Pflege und Aufzucht und die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft gewährleistet, muss deren Lohn auch den Wert der Lebensmittel für Frau und Kind enthalten. Dass die Frau in dieser Familienform, genauso wie ihr Mann im Betrieb, längere Zeit arbeitet, als in den für ihren Unterhalt gedachten Lebensmitteln vergewaltigt ist, bedeutet nur, dass sie Gratisarbeit fürs Kapital leistet. Da sie aber in keinem direkten Verhältnis zum Kapital steht, wird auch kein Mehrwert produziert, sondern der Lohn niedrig gehalten, was die Rate des aus ihrem Mann ausgepumpten Mehrwerts erhöht.⁵ Obwohl also im Haushalt gearbeitet wird, ist diese Arbeit im Sinne des Kapitals nicht produktiv. Zwar fungiert das Produkt dieser Arbeit später als Ware auf dem Arbeitsmarkt, aber weder ist es Kapital in Warenform, noch ist sein Produktionsprozess, solange er sich in der Privatsphäre der Familie vollzieht, kapitalistisch organisiert.⁶

5 Dass Frauen aus den patriarchalen Familienverhältnissen, in denen sie ökonomisch direkt abhängig von der Arbeitskraft sind, die sie reproduzieren, auszubrechen suchen, indem sie sich lieber direkt vom Kapital ausbeuten lassen, als über die autoritäre Vermittlung ihres Ehemannes, ist mehr als verständlich und verändert grundlegend die Familienstrukturen. Genauso verständlich ist allerdings auch, dass es noch immer viele Frauen mit romantischem Hang gibt, die den ein wenig gezähmten und manchmal sogar liebevollen Patriarchen der brutalen Sachlichkeit kapitalistischer Ausbeutung vorziehen. Eine Frauenemanzipation, die nur auf die Gleichstellung von Mann und Frau im gesellschaftlichen Produktionsprozess zielt, wird sich auch weiterhin mit einem offenbar gesellschaftlich völlig überholten Konservatismus – selbst in den eigenen Reihen – herumzuschlagen haben, weil die Familie im Vergleich zur einer anonymen Arbeitswelt wie ein Hort der Geborgenheit und Nähe wirken kann.

6 Falsch an der Reduktion auf einen Nebenwiderspruch – abgesehen von den methodologischen Schwierigkeiten, die mit einer Einteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche verbunden sind – war deshalb nicht, die Ausbeutung der Frauenarbeit begrifflich als Verlängerung des Kapitalverhältnisses in die Arbeiterfamilie zu fassen, sondern die real stattfindende gesellschaftliche Abstraktion von der Reproduktionsarbeit theoretisch zu reproduzieren, indem man ihre begriffliche Entwicklung zu einem Appendix des Marxismus degradierte.

Ihr kritisches theoretisches Potential kann die frühe feministische Betrachtung des Produktionsprozesses der Ware Arbeitskraft erst heute entfalten, nachdem die Frauenbewegung einige wichtige gesellschaftliche und politische Erfolge feiern konnte. Wenn Frauen in ausreichend großer Zahl die direkte Ausbeutung in einem kapitalistisch betriebenen Unternehmen der durch den Patriarchen vermittelten und gewissermaßen angereicherten in der traditionellen Familie vorziehen und sich dieser Wunsch mit dem Bedarf der Industrie nach einer Erweiterung des Arbeitskräftereservoirs – verbunden selbstverständlich mit einer Senkung der Löhne, da nun zwei und nicht mehr einer als Ernährer fungieren – trifft, öffnen sich die Familienverhältnisse der Umstrukturierung und lockern sich die festgefahrenen Vorstellungen vom familiären Zusammenleben. Dass allerdings der Produktionsprozess der Ware Arbeitskraft unter der Kategorie des Humankapitals doch irgendwie ins ökonomische Bewusstsein drängt und eine Umstrukturierung tatsächlich gesellschaftlich virulent wird, verdankt sich weniger dem politischen Erfolg der Frauenbewegung und der Zunahme von Frauenarbeit, als vielmehr der technischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die nicht unbedingt mehr, aber auf alle Fälle mehr technisch versierte Arbeitskräfte braucht (Vgl. Heinsohn 1971, S. 101-107).

Das, was die feministische Theorie als erste und mittels rationaler ökonomischer Kategorien ins Auge fasste, lässt sich neu denken und muss neu gedacht werden, wenn die patriarchal vermittelte Ausbeutung nicht mehr den Dreh- und Angelpunkt der Betrachtung bildet. Der Produktionsprozess der Ware Arbeitskraft muss nicht notwendig als ein familiärer vonstatten gehen. Nichts steht dem theoretisch im Wege, sich vorzustellen, dass die bisherige familiäre Reproduktionsarbeit von Erzieherinnen und Lehrerinnen erledigt wird, die in kapitalistisch betriebenen Kindergärten, -gärten und Schulen die entsprechenden Dienstleistungen zum Zweck der Verwertung privater Kapitale erbringen. Die Reproduktionsarbeit wäre so zumindest formell dem Kapital subsumiert und würde Mehrwert generieren. Die Ziele des frühen Feminismus hätten sich auf perverse Art verwirklicht, die Frauen würden selbständig als Angestellte fungieren und die patriarchale Vermittlung ihrer Ausbeutung wäre durch ihre direkte ersetzt. Durch den Verkauf solcher Dienstleistungen an die Eltern der Zöglinge würde der produzierte Mehrwert durch das Schul- oder Kindergartenunternehmen realisiert. Der Prozess wäre damit abgeschlossen. Das vorgeschossene Kapital wäre verwertet und es hätte sich auch Arbeit in der zukünftigen Arbeitskraft vergegenständlicht, es wäre aber, und das ist nun der entscheidende Punkt, kein Humankapital im Wortsinne gebildet worden. Denn der Schulunternehmer realisiert den produzierten Mehrwert durch Verkauf der Dienstleistungen seiner Angestellten, nicht durch Verkauf der Ware Arbeitskraft, die in dem Prozess gebildet wurde.

Vom Standpunkt des Arbeitsgegenstandes, der bearbeiteten Arbeitskraft, stellt sich der gesamte

Vorgang als pure Konsumtion dar, wenn auch, da sie selbst dabei arbeiten muss, als eine Art produktiver Konsumtion. Selbst wenn eine solche Arbeitskraft aufgrund ihrer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt einen höheren Preis erzielen würde, würde damit doch nur zurückgezahlt, was die Eltern verausgabt hätten – es würde also nur der Wert reproduziert, aber nicht vermehrt. Denn diese bezahlen die Erziehungs- oder Bildungsdienstleistung zu deren Wert. Profit machte allein der Unternehmer durch Ausbeutung der Erzieher- und Lehrerinnen.

Der Prozess der Produktion der Ware Arbeitskraft wäre also auch unter der Bedingung seiner zumindest formellen Subsumtion unter Kapital ein anderer als der ihrer Anwendung, durch die einzig Wert verwertet wird. Einmal ist sie das Produzierte, das andere Mal das Produzierende. Unter der Voraussetzung privatwirtschaftlicher Organisation beider Prozesse wäre dann auch davon auszugehen, dass verschiedene Kapitale in den verschiedenen Prozessen engagiert wären. Den Erziehungs- und Bildungsunternehmern könnte tendenziell herzlich gleichgültig sein, ob sich die gebildete Arbeitskraft später auch verkaufen und anwenden lässt. Humankapital stellt sie nur für die Unternehmer dar, die durch sie ihr Kapital verwertet sehen möchten. Die sind aber nicht die Kunden der Erziehungs- und Bildungskapitalisten, können ihnen mithin nicht einmal die Einhaltung gewisser Qualitätsstandards bei der Produktion abverlangen.

Das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis an anwendbaren Arbeitskräften kann sich nur gesamtgesellschaftlich artikulieren. Unter der Bedingung privatwirtschaftlicher Organisation der Reproduktion, dem Traum aller Neoliberalen, bedeutete dies, dass die Erziehungs- und Bildungsunternehmer vom Staat dazu gezwungen werden müssten, für die geforderte Anwendbarkeit der Arbeitskräfte zu sorgen – der Alptraum aller Neoliberalen. Dabei böte ein privatwirtschaftliches Erziehungs- und Bildungswesen die Vorteile, dass zum einen niemand besser dieses Bedürfnis kennt als private Unternehmer, und zum anderen eine diesen Interessen entsprechende Lernumgebung für die zukünftigen Arbeitskräfte gegeben wäre. Von Nachteil wäre hingegen, dass solche Unternehmer nur ihr eigenes Profitinteresse verfolgen und dies impliziert, dass der Gebrauchswert nur eine nachrangige Bedeutung hätte.

Gegen eine staatliche Organisation hingegen spricht, dass ihr privatwirtschaftliches Denken fremd ist und der Staat und seine Beamten möglicherweise eigene Zwecke mit Erziehung und Bildung verknüpfen, z.B. die, mündige oder gehorsame Staatsbürger zu produzieren.

Das Bindeglied zwischen den beiden beschriebenen Prozessen bildet die Arbeitskraft selbst. Sie als Käufer und Kunde der Erziehungs- und Bildungsdienstleistungen kann von ihren Produzenten verlangen, dass sie ihre zukünftige Anwendbarkeit garantieren. Sie muss ihre eigene zukünftige Ausbeutung zur eigenen Sache machen, nur so bewährt sie sich als mündiger Arbeitskraftverkäufer. Dieses Bedürfnis hat sie jedoch nur als durch ökonomischen Zwang vermitteltes. Soweit es sich um

potentielle, zukünftige Arbeitskräfte, also um Kinder, handelt, die eben diesen Zwang noch nicht verinnerlicht haben, was ja erst das Resultat ihrer Erziehung sein kann, müssen ihre Rechtsvertreter diesen Anspruch geltend machen, sowohl ihnen selbst gegenüber als auch gegenüber jenen, an die sie zumindest Teile der Erziehungsarbeit delegieren. Ob die Eltern dieser Aufgabe gewachsen sind, ist fraglich. Auf alle Fälle wird in dieser Konstellation die traditionelle Familie, die auch einen gewissen Schutz gegen die Gesellschaft bieten sollte, zersetzt. Die Ideologie des Humankapitals beinhaltet den keineswegs mit irgendeiner liberalen Vorstellung vom Kapitalismus kompatiblen Übergriff des Kapitals auf das ihr Andere, die Arbeitskraft, in dem Verhältnis, das es ist, und damit auf einen Bereich der Gesellschaft, der sich nicht vollständig kapitalisieren lässt. Die Antagonismen, die die Identifikation der Arbeitskraft mit Kapital generiert, müssen mittels direkter Gewalt ausgetragen werden, sei es elterliche oder staatliche.

3. Zur Geschichte der Ideologie des Humankapitals

Zur Geschichte der politischen Ökonomie notiert Marx bereits 1851 in den Grundrissen, dass diese Wissenschaft seit Ricardo keine entscheidenden Fortschritte mehr gemacht habe. Eine Ausnahme stellten nur Bastiat und der „Yankee“ Carey dar, die beide begriffen hätten, „dass der Gegensatz gegen die politische Ökonomie – Sozialismus und Kommunismus - seine theoretische Voraussetzung in den Werken der klassischen Ökonomie selbst findet (...) (Marx 1983, S. 3)“. Sie griffen darum die klassische Wirtschaftslehre an, um die Harmonie der Produktionsverhältnisse da zu beweisen, wo diese naiv ihren Antagonismus ausgesprochen habe. In jenem theoretischen Zweig der Wirtschaftswissenschaften, den man die Neoklassik nennt und dem auch die Ideologie des Humankapitals zuzurechnen ist, scheint diese Form der wissenschaftlichen Entwicklung auf den Begriff gebracht worden zu sein.

Die Neoklassik stellt sich, wie ihr Name schon sagt, als Fortsetzung und zugleich Erneuerung der klassischen Lehre dar, insofern sie deren von Marx kritisch zu Ende gedachte Arbeitswertlehre in Bausch und Bogen verwirft und durch eine subjektive Wertlehre vom Grenznutzen ersetzt. Die Grundlage der Theorie, die in dialektischer Konsequenz zur Forderung nach Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft und zur Einrichtung einer kommunistischen führte, musste beseitigt werden, sollte die Ökonomie als bürgerliche Wissenschaft weiterbestehen können. Nun kommt dies objektiv einer Rettung einer obsoleten Denkform gleich und die Neoklassik trägt dementsprechend alle Züge schaler Apologetik bestehender Verhältnisse, aber zugleich ist sie der theoretische Reflex darauf, dass jene Konsequenz sich gesellschaftlich nicht einstellte. Eine hochdynamische Gesellschaftsformation wie der Kapitalismus verharrt im Zustand gesellschaftlicher Stagnation und verdammt die bürgerliche Wissenschaft, deren sie zur Selbstreflexion bedarf, zum Weiterwursteln.

So entstand, bezogen auf die Geschichte der Ökonomie, ein seltsames theoretisches Konstrukt, in dem immer dort, wo es um den Markt und seine Wirksamkeit als gesellschaftlichem Regulationsmechanismus geht, auf die Klassiker Smith und Ricardo zurückgegriffen oder zumindest auf sie verwiesen wird, während alle Überlegungen dieser beiden zu den Bedingungen der Tauschvorgänge auf dem Markt beiseite gesetzt werden.

Der Gegensatz zwischen Klassik und Neoklassik ist einer in der Sache. Dem, was ihr zufolge der Erneuerung bedarf, hält die Neoklassik vor, dass die sogenannte objektive Arbeitswertlehre ein Ideelles, den Wert, zu einer Bestimmung bzw. zum Wesen eines Dings, der Ware mache. Dagegen sei der Wert aus der subjektiven Schätzung abzuleiten, also etwas, das den Warendingen vom Subjekt äußerlich angeklebt wird wie ein Preisschild. Die nominalistische Kritik trifft den Grund aller Mystifikationen, die der klassischen Theorie zueigen sind. Sie verfehlt hingegen, dass die metaphysischen Mucken nicht die eines falschen Ausgangspunktes der Theorie, sondern die der ökonomischen Formbestimmung der Dinge unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind. Wäre der Wert nicht vergegenständlichte abstrakte Arbeit und die Arbeitskraft selbst eine Ware, wäre auch der Markt eben nicht jener allgemeingültige und notwendige Regulationsmechanismus, den die Neoklassik sich wünscht. Der Wert ist eine Abstraktion, aber eine Realabstraktion. Marx' Entdeckung, dass es sich bei den ökonomischen Gegenständen um paradoxe, widersprüchliche, weil sinnlich übersinnliche Dinge handelt, um das handgreifliche Dasein vermeintlich metaphysischer Entitäten und dass die Sachen nur unter bestimmten, nämlich kapitalistischen Produktionsverhältnissen diesen Charakter haben, bleibt der Neoklassik gänzlich unbegriffen. Allenthalben öffnet sie die verdrängte Objektivität des Werts und ruft ihr zu „Ich bin schon da!“, wo sie versucht das stillschweigend Vorausgesetzte tatsächlich konsequent aus der Subjektivität abzuleiten (Vgl. Bucharin 1926, S. 34ff.). Die undialektische, rein verstandesmäßige Entgegensetzung zur Klassik treibt deren Mystifikationen, gegen die sie erfunden war, nur weiter. Was sie vorne hinausgeworfen hat, nämlich die abstrakte Arbeit als Substanz des Werts, führt sie hinten wieder ein, unter der Kategorie des Humankapitals.⁷ Es ist der Treppenwitz der Neoklassik, dass sie in ihrem Ausläufer, der sogenannten Theorie des Humankapitals, die Arbeit als Quelle des Produktivitätsfortschritts des Kapitals herausstellt. Sie tut dies allerdings, indem sie sie in ihrer

⁷ Foucault bemerkt auch den Sachverhalt, dass die Neoklassiker unter dem Titel des Humankapitals die Arbeit in die ökonomische Analyse wiedereinführen. Allerdings referiert er nur deren Kritik an der Klassik, die sie zugleich als eine an Marx missverstehen. Diese Kritik richtet sich aus der Sicht der Neoklassik folgerichtig gegen die Abstraktheit der Arbeit als Werts substanz. Diese Abstraktheit wird allerdings als Fehler der klassischen Theorie angekreidet, und nicht als Charakteristikum wertsetzender Arbeit begriffen. Da Foucault weder die ökonomische Kategorie des Humankapitals, noch die Neoklassik als ökonomische Theorie kritisch analysiert, sondern nur deren Selbstverständnis reproduziert und sich mit dem theoretischen Phänomen zufriedengibt, entgeht ihm auch der theoriegeschichtliche Zusammenhang, dass die Neoklassik nicht, wie sie selbst vorgibt, einen Mangel der Arbeitswertlehre, sondern ihren eigenen Mangel an derselben korrigiert (Vgl. Foucault 2004, S. 306).

ansichseienden Form fokussiert, als bloße Potenz der Arbeit, als Arbeitskraft, als Hort zukünftiger Produktivität oder Quelle von Mehrwert. Und eine solche Quelle ist sie ihr nur, insofern sie zu einem Arbeitsvermögen ausgebildet wurde; weil sich Arbeit in der Arbeitskraft vergegenständlicht hat und sie so selbst offenbar zu Kapital wurde. Die ausgebildete Arbeitskraft erscheint als Arbeitsvermögen in seinem sprachlichen Doppelsinn in der ihm gegensätzlichen Form, nämlich als Kapital.

4. Verdinglichung

Die Kategorie des Humankapitals ist eine ökonomische Kategorie, der die Verdinglichung auf der Stirne geschrieben steht. Indem die Arbeit in der Form der Arbeitskraft mit Kapital identifiziert wird⁸, fällt das dem Kapital gegensätzliche Relatum des Kapitalverhältnisses aus, mit der gedoppelten Konsequenz, dass sich das Kapital nicht länger als Verhältnis begreifen lässt und die Arbeit vollständig aus der Betrachtung verschwindet, indem sie zu einer Funktion von im Arbeitsvermögen vergegenständlichter Arbeit gemacht wird. Die Neoklassik bleibt so gesehen durch die Art und Weise, wie sie das von ihr Verdrängte reaktiviert, der sich selbst treu. Sie stellt einen Fortschritt in der Mysifikation des Kapitals dar.

Arbeit ist immer gegenständliche Tätigkeit, ohne Produktionsmittel und Rohstoff existiert sie nicht. Ebenso wenig sind irgendwelche Dinge Produktionsmittel, wenn sie nicht bezogen sind auf die Arbeit. Die Arbeit an sich ist die Arbeitskraft, reine Subjektivität oder die bloße Potenz oder Nichtwirklichkeit der Arbeit (Vgl. Marx 1983, S. 199). Als gegen die anderen Elemente des allgemeinen Arbeitsprozesses selbständiger Produktionsfaktor, ist die Arbeit bereits als Lohnarbeit gesetzt. Die allgemeine Bedingung kapitalistischer Produktion ist, dass die unmittelbaren Produzenten getrennt sind von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Produktion. Nur aufgrund dieser ihrer „Freiheit“ sind sie gezwungen, nicht ihre Arbeit, sondern ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Anwendung ihrer Arbeitskraft, ihre Äußerung als Arbeit, findet unter Regie des Käufers statt, nicht unter ihrer eigenen. Das Kapital ist, solange es sich die Arbeitskraft noch nicht einverleibt hat, ebenfalls nur Kapital an sich, von den Produzenten getrennte Produktionsmittel, die ihrer Verwertung harren. Kapital und Lohnarbeit stehen, bevor der Produktionsprozess beginnt, in negativer Beziehung zueinander. Negativ ist die Beziehung, weil sie getrennt voneinander sind, bezogen sind sie aufeinander, weil der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muss, wenn er existieren will, und weil das Kapital sich die Arbeitskraft einverleiben muss, wenn es Kapital sein, d.h. sich verwerten soll. Es ist ebenso zynisch wie falsch, die Arbeitskraft außerhalb des

⁸ Die Identifikation ist die unmögliche Vervollkommnung dessen, was Marx (Vgl. Marx 1969, S. 45ff.) die Subsumtion der Arbeit unters Kapital genannt hat.

kapitalistischen Produktionsprozesses als Kapital zu fassen, also gerade dort, wo sie Nicht-Kapital ist, so wie es wohlfeil und abstrakt ist, diesen Zynismus moralisch zu kritisieren, ohne zugleich den ökonomischen Zwang im Kapitalverhältnis selbst zu benennen.⁹ Nicht weil der Träger der Arbeitskraft auch Mensch, also bedürftiges Wesen ist, ist seine Reduktion darauf, pure Arbeitskraft zu sein, widersprüchlich. Gerade als bedürftiges Wesen ist er vielmehr abhängig vom Verkauf und der Verwertung seiner Arbeitskraft. Die moralische Empörung speist sich aus bürgerlichem Mitleid und ist nur die andere Seite des Zynismus.¹⁰ Der Träger der Ware Arbeitskraft muss auf dem Warenmarkt als deren Verkäufer fungieren, als bürgerliches Subjekt auf, wie man heute gerne sagt, Augenhöhe mit jenen, die nicht nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Dass er aber nur diese Ware, seine Arbeitskraft anzubieten hat, macht ihn zum Gegenspieler des Kapitalisten und seine Arbeitskraft zum Nicht-Kapital. Denn nicht er wendet seine Arbeitskraft an und nur diese Anwendung produziert Wert und zwar mehr Wert als der Kauf der Ware Arbeitskraft kostet. Selbst wenn er über Produktionsmittel zufälligerweise verfügt und als selbständiger Produzent auftreten kann, wirkt er nur vergleichsweise und innerhalb einer durchkapitalisierten Gesellschaft wie ein Kapitalist. Die Selbstaubeutung seiner individuellen Arbeitskraft generiert so wenig Kapital, wie die Fiktion einer Gesellschaft unabhängiger einzelner Privatproduzenten eine kapitalistische Gesellschaft ergibt (Vgl. Smith 1974, S.25). Nicht die individuelle, sondern die gesellschaftlich notwendige Arbeit ist die Substanz des Werts und der Selbstaubeuter wird sehr schnell merken, dass er mit dem gesellschaftlichen Stand der Produktivkräfte, der inzwischen einen enormen Kapitaleinsatz verlangt, nicht konkurrieren kann. Das Kapitalverhältnis ist ein gesellschaftliches Verhältnis, kein individuelles Selbstverhältnis.

Erst die gekaufte Arbeitskraft bildet einen Bestandteil des Kapitals, nämlich das von Marx so genannte variable Kapital. Sie ist der variable Bestandteil, insofern das in sie investierte Kapital als Index für die aus ihr auszupressende Arbeit gilt, die mehr Wert produziert als die Arbeitskraft, d.h. deren Reproduktion kostet – als die Arbeit, die in ihren Lebensmitteln vergegenständlicht ist. Dieser produzierte Mehrwert stellt nun einen weiteren Bestandteil des Kapitals dar, jenen, der das Kapital erst zu Kapital macht. Erhält der Träger der Arbeitskraft als Lohn das, was die Reproduktion seiner Arbeitskraft kostet, so ist offensichtlich, dass er nach dem Produktionsprozess so dasteht wie davor, er ist und bleibt einfacher Verkäufer seiner Arbeitskraft. Der materielle Reproduktionsprozess der Gesellschaft vollzieht sich dergestalt, dass auch seine besondere historische Form sich reproduziert, also seine eigene gesellschaftlichen Voraussetzung, die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Auch als Bestandteil des Kapitals ist somit die Arbeitskraft niemals für

9 Vgl. dazu die Debatte zum Unwort des Jahres 2004.

10 Es ist deshalb kein Zufall, dass mit Thilo Sarazin ein Sozialdemokrat den Wortführer der Zynikerfraktion in diesem Lande mimt.

sich Kapital. Die Aufhebung der Trennung, die Kombination der Arbeitskraft mit den Produktionsmitteln im Produktionsprozess, oder hegelisch gesprochen: die Negation der Negation stellt keine Position dar, sondern die Negativität der Ausgangsbeziehung erhält sich in ihrer Aufhebung, die die Trennung als ihr Resultat setzt.

Es ist aber eben dieser Reproduktionsprozess des Kapitalverhältnisses, der seine verkehrte Erscheinungsweise selbst produziert. Er lässt nicht nur die sachlichen Elemente des allgemeinen Arbeitsprozesses, Arbeit, Kapital und Boden als gegeneinander selbständige Quellen der Revenuen Lohn, Zins und Rente, sondern diese wiederum allesamt als verschiedene Formen von Kapital erscheinen. Der Fehlschluss, auf dem die sogenannte Theorie des Humankapitals beruht, lässt sich in bereits rationalisierter Form folgendermaßen darstellen: Die wertproduzierende Arbeit ist eine Funktion der Arbeitskraft. Aber diese ist keine naturgegebene Größe, sondern selbst das Produkt von Arbeit¹¹. Sie ist vergegenständlichte Arbeit und deren ökonomische Form in einer kapitalistischen Gesellschaft ist, Kapital zu sein. So ist die Arbeitskraft selbst als Arbeitsvermögen Kapital.

Dass das Arbeitsvermögen keine naturgegebene Größe ist, ist insoweit richtig, als das Kapitalverhältnis selbst einen gewissen historischen Stand der Produktivkräfte voraussetzt, der sich darin ausdrückt, dass die Arbeit länger fungieren kann als die Arbeitszeit, die zu ihrer Reproduktion gebraucht wird. Dass das Arbeitsvermögen deswegen per se Kapital sei, ist allerdings insoweit falsch, als dieser historische Stand der Produktivität der Arbeit nicht unter kapitalistischen Bedingungen hervorgebracht wurde und es sich deshalb verbietet, die Produktivität der Arbeit als solche des Kapitals zu fassen.¹²

Sofern allerdings der kapitalistische Produktionsprozess, einmal etabliert, sich gegen seine historischen Voraussetzungen verselbständigt und die nun kapitalistischen Bedingungen nicht nur der Anwendung der Arbeitskraft, sondern darüberhinaus zum ersten Mal in der Geschichte die der scheinbar grenzenlosen Entfaltung der Produktivität selbst setzt, erscheint er seinen heute lebenden Agenten vielleicht nicht als ewige oder natürliche, aber doch als einzigartige Form systematischer Produktivitätsentwicklung. Deren historische Bedingung macht sich auf Grundlage ihrer

11 Dieser Zwischenschritt ist Schultz und Konsorten fremd und wurde von mir der Nachvollziehbarkeit wegen eingefügt. Die Arbeit taucht in den Schriften dieser Herren überhaupt nicht mehr auf, sondern an ihrer Stelle das Investment, das die Arbeit in Gang setzt.

12 „Weder entwickelt sich die Produktivkraft der Arbeit allein aus sich, noch kann sie nur entwickelt werden. Und doch muss sie sich sowohl entwickeln können, als auch entwickelt werden können. Denn wenn allein das Kapital, als das automatische Subjekt, die Produktivkraft der Arbeit entwickeln könnte, wäre nicht zu erklären, was den Stand der Produktivkraft der Arbeit hervorbrachte, der historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise gewesen ist. Auch müsste dann die Entwicklung der Wissenschaften aus dem Kapital abgeleitet werden, was nicht möglich ist. Es bleibt die dem Kapital 'fremde' Wissenschaft, die es sich einverleibt. Wird dagegen nur das 'Sich-Entwickeln' der Produktivkraft der Arbeit genommen, wird Geschichte zu einem naturgeschichtlichen Prozess, in dem das Kapitalverhältnis zum historisch begrenzten Mittel dieser sich entwickelnden Produktivkraft der Arbeit würde, das abgestreift wird, wenn es 'diesem Beruf' nicht mehr gerecht wird (Bensch 1995, S. 60).“

Ausschließlichkeit zu ihrer Ursache, und lässt nicht nur, wie in der klassischen Ökonomie die Produktivkräfte der Arbeit als solche des Kapitals, sondern das ausbeutbare gesellschaftliche Arbeitskräftepotential, das die Ideologen des Humankapitals in verdinglichter Weise als Quelle aller Produktivität ansehen, als Kapital auftreten. Der ideologische Fortschritt der Einführung der Kategorie des Humankapitals durch die Neoklassik besteht genau darin, diesen letzten Schritt auch gedanklich zu vollziehen. Die Klassik erfasste die Verwertung des Werts in ihrer gesellschaftlich verkehrten Form als geheimnisvolle Fähigkeit des Kapitals. Die Neoklassik verkehrt solche Verkehrung, und attestiert der Arbeitskraft diese Fähigkeit, aber nur, sofern sie Kapital ist. So zeigt sie sich auf der Höhe der Entwicklung des gesellschaftlichen Scheins.

5. Die theoretische Integration der Arbeitskraft

Jenen Schritt vorwärts tut sie, weil die Dynamik des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sie dazu zwingt. Stein des Anstoßes für Ökonomen wie Theodore Schultz, Gary S. Becker und Jacob Mincer, die die Kategorie des Humankapitals in die neoklassische Wirtschaftstheorie einführen, ist die objektive Schwierigkeit, das wirtschaftliche Wachstum zu messen. Da das wirtschaftliche Wachstum auf technischem Wandel beruht, dieser Wandel aber nicht nur in der Erweiterung bestehender Produktionsanlagen, sondern wesentlich auch im Ersatz alter durch neue Maschinerie besteht, kann es kein einheitliches technisches Maß geben, den Gesamtkapitalstock und dessen Vergrößerung in der Zeit zu berechnen. Das Gesamtkapital setzt sich aus koexistierenden Kapitalen zusammen, die technisch verschiedenen Produktionssphären angehören. Hier eine Gesamtbilanz zu ziehen, käme dem Versuch gleich, Äpfel und Birnen zu addieren. Auch die Wertbetrachtung führt zu keiner Berechenbarkeit des eingesetzten Gesamtkapitals, da der Produktivitätsfortschritt nicht nur das konstante Kapital verbilligt, sondern neue Maschinerie die alte auch entwertet.¹³

Die Unvergleichbarkeit sich technisch wandelnden Kapitals, die sich ihnen als Heterogenität des Kapitals in sich darstellt, motiviert die neoklassischen Ökonomen dazu, die klassische Annahme der Homogenität des Kapitals und damit verbunden, alle Versuche, den Gesamtkapitalstock zu berechnen, aufzugeben. Die ökonomietheoretische Lösung für das Wachstumsproblem soll der sogenannte Investmentansatz bringen: „An investment approach, I am convinced, is required in thinking about economic growth. In this approach the stock of capital is augmented by investment, and the productive services of the additional capital increase income, which is the essence of

13 Marx zufolge findet der technische Wandel und die damit wachsende Produktivität der Arbeit ihren Wertausdruck in der wachsenden organischen Durchschnittszusammensetzung des Kapitals. Deren Begriff ist aporetisch. „Diese Behauptung der Steigerung der organischen Durchschnittszusammensetzung unterstellt aber die Identität und die Verschiedenheit des Gebrauchswerts.“ (Bensch 1995, S. 66) Der Gebrauchswert, der im Zitat gemeint ist, ist der der technischen Anlagen. Der Aporie begegnet Marx, wie Bensch weiter ausführt durch die Feststellung eines unverhältnismäßigen Wachsens von Masse und Wert des konstanten Kapitals.

economic growth. It is a major step toward a general theory, when all investment resources are encompassed and allocated in accordance with the meaningful economic standard established by the relative rates of return to alternative investment opportunities. Thus, in theory, this approach is grounded on an all-inclusive concept of investment and an accounting of all additional investment gives a complete and consistent explanation of the marginal changes in the stock of capital, of the marginal changes in the productive services from capital, and of the marginal changes in income and, accordingly, to growth (Schultz 1971, S. 4).“

Statt vom unberechenbaren Gesamtkapitalstock wird beim Investmentansatz vom jährlich verfügbaren Investitionsfond, dem akkumulierbaren Kapital, ausgegangen. Der ist „all-inclusive“ und setzt der ökonomischen Betrachtung und Berechnung keine Schwierigkeiten entgegen, weil hier das Kapital in seiner absolut homogenen und flüssigen Form, nämlich als Geldkapital gegeben ist.¹⁴ Der technische Unterschied der Kapitale bzw., wenn man in Produktionssphären denkt, der verschiedenen Kapitalsorten, also die Heterogenität des Kapitals, reflektiert sich im Unterschied der zu erwartenden Ertragsraten für das zu investierende Kapital.¹⁵

Die Neoklassik unterzieht auf der Basis des Investmentansatzes notwendiger und berechtigter Weise auch die klassische Lehre von den Produktionsfaktoren einer Erneuerung. Diese Lehre besagt, dass die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden die gegeneinander selbständigen Quellen der drei Revenuen Lohn, Zins und Rente seien und letztere die ebenso selbständigen Bestandteile, aus denen sich der Produktenwert zusammensetze. Bereits Marx stellt dazu fest: „Die angeblichen Quellen des jährlich disponiblen Reichtums gehören ganz disparaten Sphären an und haben nicht die geringste Analogie untereinander. Sie verhalten sich gegenseitig etwa wie Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik (Marx 1987, S. 822).“ Denn das Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis und so wenig ein Ding wie die Produktionsmittel an sich Kapital sind, die Arbeit als solches ist die produktive Tätigkeit des Menschen, durch die dessen Stoffwechsel mit der Natur egal in welcher Gesellschaftsform vermittelt ist und der Boden für sich in seiner ganzen „Waldursprünglichkeit (Marx 1987, S. 823)“ generiert keinen Mehrwert, also auch keine Revenue. Um diese drei Faktoren

14 Schultz führt also die gerade aufgegebene Homogenität des Kapitals, ohne es zu bemerken, mit seinem Investmentansatz wieder ein. Statt die Aporie, dass das Kapital, um seine Terminologie zu verwenden, sowohl homogen als auch heterogen zu denken ist, zum Gegenstand der Reflexion zu machen, verfällt er einfach ins andere Extrem und behauptet, dass das Kapital in sich heterogen sei. Notwendig ist aber die Homogenität des Kapitals, worunter die Klassiker verstanden, dass die Kapitale gemäß ihrer Größe am produzierten Gesamtmehrwert partizipieren, zu denken, weil ohne Ausgleich der Profitrate das akkumulierbare Kapital auf der Grundlage technisch bedingter Unterschiede in die unproduktiven Sphären fließen würde. Dann wären aber die Investitionen gerade kein Index für wachsende Produktivität.

15 Sich auf den Standpunkt des Investmentansatzes stellen zu können, setzt eine gewisse Höhe der kapitalistischen Entwicklung voraus, nämlich die Verselbständigung der Geldform des Kapitals gegen dessen Gesamtprozess, in dem es sich immer wieder aus Geld in konstantes und variables Kapital, die Elemente des produktiven Kapitals, aus diesen im Produktionsprozess in Ware und aus Ware auf dem Markt in Geld rückverwandeln muss, in sozialen Institutionen wie Banken, Börsen und Aktienfonds.

auf einen Nenner zu bringen, muss man gerade von ihrer besonderen geschichtlich-sozialen Formbestimmtheit abstrahieren und sie als stoffliche Elemente des allgemeinen Arbeitsprozesses fassen, das Kapital als die produzierten Produktionsmittel, die Arbeit als die gegenständliche Tätigkeit, die sie in Gebrauchswerte verwandelt, und den Boden als die nicht-produzierten Naturbedingungen derselben. Vermittelt wird solche Abstraktion durch die irrationelle Identifizierung von Arbeit und Lohnarbeit.¹⁶

„In der Tat, indem die Lohnarbeit nicht als eine gesellschaftlich bestimmte Form der Arbeit, sondern alle Arbeit ihrer Natur nach als Lohnarbeit erscheint (sich dem in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Befangenen so vorstellt), fallen auch die bestimmten, spezifischen gesellschaftlichen Formen, welche die gegenständlichen Arbeitsbedingungen – die produzierten Produktionsmittel und die Erde – der Lohnarbeit gegenüber einnehmen (wie sie umgekehrt ihrerseits die Lohnarbeit voraussetzen), ohne weiteres zusammen mit dem stofflichen Dasein dieser Arbeitsbedingungen oder mit der Gestalt, die sie überhaupt im wirklichen Arbeitsprozeß besitzen, unabhängig von jeder gesellschaftlichen Form desselben (Marx 1987, S. 832).“

Marx nennt die klassische Lehre von den Produktionsfaktoren, weil sie die den Verwertungsprozess in Form des allgemeinen Arbeitsprozess erfasst und damit verewigt, spöttisch und zugleich treffend, die trinitarische Formel der politischen Ökonomie seiner Zeit. Ist die besondere ökonomische Form der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur mit deren allgemeinen Bestimmungen erst einmal gleichgesetzt, lässt sich, und das wäre einer ökonomischen Sichtweise auch angemessen, das Verhältnis umkehren. Da die Neoklassik aufgrund der Schwierigkeit, den Gesamtkapitalstock zu berechnen, das Kapital bereits als in sich heterogen bestimmt hat, kann sie, die stoffliche Verschiedenheit der Produktionsfaktoren ebenfalls unter den Begriff der Heterogenität subsumierend, sie allesamt zu Kapital deklarieren: „Each (of the factors of production, Anm. v. m.) can be viewed, however, as form of capital, but the heterogeneity of capital so conceived is inconsistent with the long-standing assumption of capital homogeneity. The concept of a stock that includes all forms of capital is beset with what appear to be insurmountable difficulties when it comes to specifying and measuring the totality of the stock of capital (Schultz 1971, S. 6).“

Die Revenuequelle Arbeit als Kapital zu betrachten ist unter Voraussetzung des Investmentansatzes

¹⁶ Identisch wären Arbeit und Lohnarbeit nur, wenn mit dem Lohn der Wert der Arbeit bezahlt würde. Der Ausdruck Wert der Arbeit ist eine „abgeschmackte Tautologie“ und die Grundlage aller Mystifikationen des Kapitalverhältnisses. Dass mit dem Lohn die Arbeit bezahlt würde, davon sind alle in ihm „Befangenen“ überzeugt, Kapitalisten wie Arbeiter. Die Ideologie greift auf diejenigen über, gegen deren Interessen sie gerichtet ist. Darum reicht eine Ideologiekritik nicht zu, die sich auf die unterschiedlichen Interessen stützt. Die Arbeit, auch die Reproduktions- und Erziehungsarbeit der klassischen Hausfrau, ebenso wie die Bildungsarbeit von Lehrern und Schülern produziert keine Arbeit, sondern nur das Arbeitsvermögen. Die Substanz des Werts, der wertbildende Faktor, kann selbst keinen Wert haben. Die gesamte Kritik der politischen Ökonomie beruht auf der Entdeckung des kategorialen Unterschieds zwischen der lebendigen, wertbildenden Arbeit, und der in ihren Produkten vergegenständlichten Arbeit. (Vgl. Marx 1976, S. 559.)

nur folgerichtig. Der gesellschaftliche Akkumulationsfonds setzt sich aus dem Teil des jährlich disponiblen Reichtums zusammen, der nicht zur Konsumtion aufgewendet wird. Ob angesichts temporär hoher Löhne ein Lohnanteil für schlechtere Zeiten angespart, ob ein Teil der Grundrente für späteren Konsum aufgeschätzt oder ob tatsächlich Profit akkumuliert wird, spielt hier keine Rolle mehr. Der Unterschied der Revenuen, aus denen er sich speist, ist ebenso verschwunden, wie die technischen Unterschiede der Kapitale, die einmal den Ausgangspunkt des Ansatzes bildeten. Unter diesem Gesichtspunkt wird alles zu Kapital, weil alles, worin investiert wird, sich verwerten muss. Und alles, was Gegenstand von Investitionen werden kann, *muss* sich nun verwerten.¹⁷ Die Humankapitaltheorie beruht, um Schultz' eigene Terminologie zu benutzen, auf einer Homogenisierung der der Sache nach verschiedenen Produktionsfaktoren als Kapital und einer Heterogenisierung des Kapitals aufgrund seiner Verschiedenheit, wenn man es technisch betrachtet. Erinnert man sich daran, dass der Investmentansatz, der zur Revision der klassischen Lehre von den Produktionsfaktoren führte, dazu dienen soll, den technischen Wandel der ökonomischen Theorie zu integrieren, so bedeutet das, dass die technische Heterogenität des sich entwickelnden Kapitals in der Zeit dem gesellschaftlich vermittelten Gegensatz seiner notwendigen Teile, den Produktionsfaktoren, gleichgesetzt wird. Die Bestandteile jeden Kapitals rangieren nun neben verschiedenen Kapitalen als eigene Kapitalsorten. Die Heterogenität verschiedener Produktionssphären oder verschiedener produktiver Zustände ist die verschiedener Kapitale zueinander oder eines einzelnen Kapitals zu sich in der Zeit, die vermeintlich heterogenen Produktionsfaktoren sind jedoch notwendige Bestandteile eines jeden Kapitals und sind deshalb von ersterer Heterogenität zu unterscheiden. Der offensichtliche Fehler, im Begriff der Heterogenität gänzlich Heterogenes identisch zu setzen, hat seine gesellschaftliche Bedingung der Möglichkeit und verweist damit auf einen bestimmten Zustand der kapitalistischen Entwicklung. Aus Sicht des Unternehmensvorstandes eines Großkonzerns sind die verschiedenen Abteilungen, die in einem gemeinsamem Produktionszusammenhang kooperieren, aber technisch verschiedenartige Aufgaben zu erledigen haben, unterschiedlich produktiv und darum nicht nur sukzessiv, sondern auch simultan heterogen. Für ihn sind diese Abteilungen zudem zugleich aufgrund ihrer technischen Verschiedenheit eigene Kapitalsorten und die Bestandteile ein und desselben Kapitals das er verwaltet, und er wird suchen,

17 Die Grenzen zwischen Akkumulations- und Konsumtionsfonds sind allerdings, da auch die Konsumtion durch die Geldform vermittelt ist, fließend. Der Ökonom vermag kaum mehr zwischen beidem zu unterscheiden, was praktisch die Möglichkeit eröffnet, den Akkumulationsfonds auf Kosten der Konsumtion auszuweiten, bzw. Teile die dem Konsumtionsfond angehören, als Investitionen zu interpretieren. Er kann deshalb auch nicht mehr auseinanderhalten, ob Teile der Bevölkerung gezwungen sind, immer höhere Anteile ihres Lohns für Bildung auszugeben, weil diese Kosten den Eintrittspreis zum Arbeitsmarkt darstellen, oder ob sie in ihr Arbeitsvermögen investieren, um später bessere Stellen mit höheren Löhnen zu ergattern.

diejenigen, die die unternehmenseigene Durchschnittsprofirrate senken, zu rationalisieren oder „outzusourcen“, damit sie die Bilanz nicht länger belasten. Da ihm zudem der systematische Unterschied zwischen variablem und konstanten Kapital unbekannt ist, der sich nur auf der Grundlage der Arbeitswertlehre ergibt, ihm völlig gleichgültig ist, ob die Arbeitsmittel, dazu dienen, Arbeit auszupressen oder die Arbeit das konstante Kapital verwertet, erscheinen ihm und seinem Propagandisten neben den Abteilungen, die Belegschaft als Ganze oder in Teilen und die Anlage als Ganze oder in Teilen als gleichgeltende Elemente eines Kapitals. Grundlage einer solchen Sichtweise und der damit verbundenen Praktiken ist die enorme technische Entwicklung der Infrastruktur, des Transportwesens und der Kommunikationsmittel. Container und Internet bahnen den Weg dafür und Großkonzernstrukturen sind ihre organisatorische Voraussetzung. In der klassischen Lehre von den Produktionsfaktoren als eigenständigen Revenuequellen erinnerte trotz oder gerade wegen aller daraus resultierenden Widersprüchlichkeit zumindest der Begriff des Produktionsfaktors noch daran, dass ihre Elemente in einem Verhältnis zueinander stehen müssen. Ihre neoklassische Auflösung beseitigt nicht ihr Skandalon, die Verselbständigung der Faktoren gegeneinander, sondern fixiert sie, indem sie sie unterm Titel der Heterogenität des Kapitals in sich zu fürsichseienden Kapitalsorten verdinglicht. Auch hier stellt die Verkehrung der Verkehrung einen Fortschritt der Ideologie, nicht einen zur Wahrheit dar.

6. Die praktische Integration der Arbeitskraft

Der technische Wandel objektiviert sich zwar in neuen Produktionsverfahren, ist aber eine Funktion menschlicher Produktivität und dieser von ihr glücklich verdrängte Sachverhalt herrscht der Neoklassik auf, sich mit der Arbeitskraft in Zeiten auseinanderzusetzen, in denen immer beschleunigtere Akkumulation zur Existenzgrundlage eines Kapitalismus wird, der ob seiner monopolistischen Struktur nicht länger die gewissermaßen naturwüchsigen Bedingungen eben jener technischen Entwicklung bietet. Dem oben bezeichneten theoretischen Treppenwitz entspricht einer der gesellschaftlichen historischen Praxis. Weil im Zuge des der Logik des Kapitalverhältnisses entspringenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals technische Innovation und deren kapitalistische Bedingung, der Wettbewerb, erlahmen, rücken sie ins Zentrum aller Aufmerksamkeit und Bemühungen derjenigen, denen an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse gelegen ist. Dass zugleich technische Innovation um jeden Preis vorangetrieben wird und diese Innovation technisch betrachtet in keinem rationalen Verhältnis mehr zum Aufwand steht¹⁸, dass Ökonomie offenbar nicht mehr ökonomisch fungiert, sondern dieses „um

18 Das soll nicht heißen, dass technische Innovation an sich an ihre Grenzen stoße und zu aufwendig würde, sondern eher, dass die innovative Kreativität in Bahnen gelenkt wird, vornehmlich in vermeintliche Verbesserungen der Produkte, die einigermäßen fragwürdig sind. Seit bald vierzig Jahren ist bekannt, dass die Innovationen der

jeden Preis“ wörtlich zu nehmen ist und der staatlichen Sparsamkeit eine immense privatwirtschaftliche Verschwendung korrespondiert, ist ein Charakteristikum der gesellschaftlichen Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen und nicht dem Wahnsinn der Akteure zu verdanken.

Was die Theoretiker des Humankapitals, und nicht nur sie, in den 60er Jahren registrieren, ist der Sachverhalt, dass die Stabilität des kapitalistischen Produktionsprozesses entscheidend vom Wachstum der Investitionsrate und dieses wiederum von der Beschleunigung der sogenannten Innovation abhängt. „Inzwischen kann kaum mehr ernsthaft in Zweifel gezogen werden, daß Stabilität und Wachstum des monopolistischen 'Spätkapitalismus' in entscheidendem Umfang von einer bestimmten Rate und von einer besonderen Qualität des technischen Fortschritts abhängen, daß Wissenschaft und Bildung im Begriff sind, die Stellung eines entscheidenden Produktionsfaktors einzunehmen. Andererseits scheint die Eigenart der 'Produktivkraft Wissenschaft' darin zu liegen, daß sie von den Mechanismen individueller Spontaneität und marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in der erreichten Phase der gesellschaftlichen Entwicklung nur noch unzureichend entfaltet werden kann (Hirsch 1971, S. 66).“ Was „kaum ernsthaft in Zweifel gezogen werden kann“, ist und bleibt eine Behauptung. Die Schwierigkeit im Zuge einer historischen Rekonstruktion einen qualitativen Wandel der kapitalistischen Produktionsweise zu erläutern, besteht darin, dass man sich dabei stets nur auf quantitative Verschiebungen berufen kann, vor allem ein Mehr von Aufwendungen für die Wissenschaft oder ein Mehr an Planung. Stattdessen lässt sich das ideologische Bewusstsein selbst als Index einer gesellschaftlichen Entwicklung analysieren. Die Veränderungen in der Wirtschaftstheorie bestätigen eher obige Annahme als alle noch so plausible Anhäufung von Zahlenmaterial, dessen Genesis und Deutung oftmals selbst mehr als zweifelhaft ist. Die Neoklassik vermag das ökonomische Gleichgewicht nur noch als dynamisches zu modellieren, indem die Annahme eines konstanten Kapitalkoeffizienten aufgegeben und eine wirtschaftliche Produktionsfunktion eingeführt wird, „welche auf jedem Produktionsniveau eine Substitution von Kapital und Arbeit erlaubt (Hirsch 1971, S. 72)“. „Technischer Fortschritt erhöht im neoklassischen Modell über die fortschreitende Erhöhung der Arbeitsproduktivität (d.h. durch eine Verschiebung der Produktionsfunktion) die Profitabilität neuer Investitionen, die sonst unter der insgesamt realistischen Annahme eines relativ zurückbleibenden Bevölkerungswachstums langfristig zurückgehen müsste. Ein 'ideales' Wachstumsgleichgewicht (sogenanntes 'golden age'

pharmazeutischen Industrie nur von marginalem medizinischem Nutzen sind. Trotzdem werden erkleckliche Summen in die Entwicklung von Medikamenten, die nicht besser sind als ihre Vorgängerpräparate, und zunehmend, was dem Sachverhalt angemessener erscheint, in die Werbung investiert. (Vgl. Hirsch 1971, S. 91, Anm. 4) Das Gesagte gilt allerdings vorrangig für die Konsumtionsgüterproduzierende Industrie. Auf dem Feld der Investitionsgüter sieht es schon deshalb anders aus, weil die Konzerne die logistischen Möglichkeiten haben, den Nutzeffekt neuer Maschinerie auch genau zu prüfen.

Wachstum) wäre dann erreicht, wenn der Substitutionsprozeß von Arbeit durch Kapital, d.h. die Vergrößerung des Kapitalkoeffizienten, durch den technischen Fortschritt glatt kompensiert würde (Hirsch 1971, S. 73).“ Ist aber einmal die Abhängigkeit der Stabilität oder des Gleichgewichts des kapitalistischen Reproduktionsprozesses vom technischen Fortschritt erkannt, und zugleich erkannt, dass derselbe unter der Bedingung kapitalistischer Produktionsverhältnisse weder als eine ein für allemal gegebene Größe zu behandeln ist, noch er als eine solche konstante Größe ausreichen würde, sondern vielmehr nur in beschleunigter Form das Gleichgewicht zu garantieren vermag, kann das ökonomische Bewusstsein nicht bei der theoretischen Modellierung stehen bleiben, es ist dann dazu gezwungen, zur praktischen überzugehen. Die Beschleunigung des technischen Fortschritts muss theoretisch und praktisch integriert werden, er muss in eigene Regie genommen werden. So wird die Ökonomie politisch.¹⁹

Wie sich die praktische Integration der Arbeitskraft vollzieht und wie sie deren Produktionsprozess strukturiert, soll im Folgenden bezogen auf dessen Elemente und Phasen zumindest angedeutet werden. Die Darstellung erfolgt dabei im Krebsgang, ausgehend von der wissenschaftlichen Tätigkeit, die ausschlaggebend für den Produktivitätsfortschritt ist, über die Hochschul- und Schulbildung, die zumindest die Anwendbarkeit der Arbeitskraft sicherstellen muss, zur Erziehung in der Familie, durch die die Grundlage für die spätere Verwendbarkeit gelegt werden muss.

6.1 Die Integration der Wissenschaft

Die dem Verwertungsprozess „fremde“ Wissenschaft fungiert in vergleichsweise frühen Phasen des Kapitalismus für diesen als Gratisdreingabe, die sich der unternehmerische Erfindungsgeist zunutze machen kann. Solange sind die Wissenschaft und die Anwendbarkeit²⁰ ihrer Ergebnisse durchaus institutionell und funktional voneinander zu trennen, vor allem auch dem Selbstbewusstsein ihrer Vertreter zufolge. Die Wissenschaft gilt als autonom. Die wissenschaftliche Forschung kann als Reservoir von verfügbaren, instrumentalisierbaren Erkenntnissen betrachtet werden. Deren tatsächlicher gesellschaftliche Nutzen hängt weniger von ihr und davon ab, ob Operationalisierbarkeit einen wesentlichen Aspekt ihrer theoretischen Arbeit bildet, als von der bestimmten Gestalt des kapitalistischen Produktionsprozesses als Großindustrie. Die gesellschaftliche Bedingung der Möglichkeit den Aufwand lohnender, einigermaßen systematischer Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist große Stufenleiter der Produktion (Marx 1987, S. 113). Es ist der Konzentrations- und Zentralisationsprozess des Kapitals, der die

¹⁹ Daraus erklärt sich die aggressive Propaganda der Neoliberalen ebenso wie die Debatte in der Linken darum, ob das neoliberale Projekt durch die Politik vorangetrieben wird, z.B. durch Abbau von Unternehmenssteuern, oder ob die politischen Instanzen nur noch dem ökonomischen Sachzwang gehorchen, z.B. vermittels der Staatsverschuldung.

²⁰ Die strukturelle Isomorphie zwischen experimenteller Forschung und technischer Umsetzung, die von Seiten der Wissenschaft die Anwendung ermöglicht, ist beschrieben bei: Bulthaup 1973, S. 48.

Wissenschaft aus ihrem Elfenbeinturm „befreit“. Für die potentiellen Anwender stellt die Nutzung der wissenschaftlichen Forschung allerdings nicht nur eine Möglichkeit dar, sondern unter Konkurrenzverhältnissen sind sie um der Erhaltung ihres Kapitals willen auch zur Nutzung gezwungen. Aber diesem Zwang sind die Kapitalisten, nicht die Wissenschaftler unterworfen. Das ändert sich, sobald die Entwicklung der Wissenschaft und Technologie zur Bedingung der dynamischen Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise wird. Sie tritt dann das Erbe des erlahmenden Wettbewerbs an, oder richtiger: nicht der Wettbewerb zwingt zur Anwendung der Wissenschaft, sondern die wissenschaftliche Entwicklung wird zum Lebenselixier des Wettbewerbs. Das bedeutet praktisch, was Schultz die Integration des „technical change“ nennt. Für die Wissenschaft heißt dies, dass sie nun unterm Diktat der Anwendbarkeit, vorangetrieben werden muss.²¹ Ob sie diesem Diktat mittels einer Zunahme staatlicher Planung und Organisation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unterworfen wird, was einer gewissermaßen naturwüchsigen Verlängerung der Logik des kapitalistischen Zentralisationsprozesses gleichkäme, oder indem sie selbst wettbewerbsmäßig strukturiert wird, wie die Neoliberalen dies wollen, erscheint dann als Frage gouvernementaler Strategien, die sich letztendlich ergänzen. So konstatiert Hirsch bereits 1971, dass staatliche Planung weithin Schein ist. Das administrative Chaos in Sachen Wissenschaft verdanke sich dem Einfluß der Industrie. Die vielfältigen für die wissenschaftliche Entwicklung zuständigen staatlichen Institutionen und Gremien würden von den Großkonzernen mit ihren divergierenden Interessen derart dominiert, dass es zu einer selbständigen, einheitlichen Planung, die diesen Namen verdiente, überhaupt nicht kommen kann (Vgl. Hirsch 1971, S. 248ff.).²² Umgekehrt ist auch die Einführung von Wettbewerbsstrukturen in den Wissenschaftsbetrieb durch staatliche Intervention oder richtiger: staatliche Organisation vermittelt (Vgl. Foucault 2004, S. 185). Der entscheidende Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Variante besteht darin, dass letztere unterm Schein größerer Autonomie und Freiheit die Verinnerlichung der Ideologie vorantreibt.²³

6.2 Die Integration der Hochschul- und Schulbildung

Es braucht aber nicht nur Wissenschaftler, die den technischen Wandel vorantreiben, sondern auch

21 Wie sich dies auf die innere Komposition der Wissenschaft auswirken muss, kann hier nicht untersucht werden. Denen, die in diesen Prozess eingespannt sind, wird aber sicher einiges dazu einfallen.

22 Die von Hirsch diagnostizierte Zunahme staatlicher Planung ist ebenso weit entfernt von einer vernünftigen Planung der Produktion wie die Verwandlung von Unternehmen in bürokratisch organisierte Großkonzerne. Ökonomische Planung muss unter kapitalistischen Bedingungen immer den Charakter von Stückwerk und oft genug von blankem Irrsinn annehmen. Deshalb fehlt es nicht an Gelegenheit für die Neoliberalen die von ihnen als Sozialismus perhorreszierte Planung allenthalben anzuprangern.

23 Bereits der moderne Pädagoge Brecht beschreibt in „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, dass es die sicherste Art ist, jemanden vom eigenen Standpunkt zu überzeugen, ihn in Strukturen zu versetzen, die ihn nötigen, diesen Standpunkt selbst einzunehmen. (Vgl. Brecht 1991, S. 15)

gebildete Arbeitskräfte, die mit den technischen Neuerungen umzugehen wissen. Die Ideologie des Humankapitals gibt der Arbeitskraft scheinbar zurück, was ihr die Neoklassik durch Ausschluss der Arbeitswertlehre genommen hatte, nämlich ihre Fähigkeit den Wert zu verwerten. So wie ihr diese Fähigkeit aber nur zukommt, sofern sie selbst Kapital sein soll, so verdankt sich ihre plötzliche theoretische Wiederentdeckung und Aufwertung der Entwicklung ihres Widerparts, dessen, was die Ideologen des Humankapitals „non-human (Schultz 1971, S. 19)“ oder „physical capital (Becker 1993, S. 112)“ nennen. Dessen technische Änderung erfordert die Entwicklung und Anpassung des Arbeitsvermögens. Das Humankapital ist die Arbeitskraft gedacht als Funktion des konstanten Kapitals. Angesichts hoher Konzentration und hoher organischer Zusammensetzung des produktiven Kapitals übersteigt der Wert von dessen konstantem Anteil den seines variablen um ein Vielfaches – von dem der einzelnen Arbeitskraft gar nicht zu reden. Da sowohl die Agenten des Verwertungsprozesses als auch die ihnen sich anbietenden Ökonomen blind sind für den systematischen Unterschied von variablem und konstantem Kapital, ihnen Arbeitskräfte und Maschinerie, Roh- und Hilfsstoffe als Kapital gleich gelten, müssen sie auf den sachgerechten Umgang mit dem konstanten Kapital besonderen Wert legen. Für sie stellt sich die Anwendung der Arbeitskraft als Moment der Ökonomie des konstanten Kapitals²⁴, die Verwertung als Funktion der Erhaltung des Kapitals dar. Den angewendeten, individuellen Arbeitskräften erscheint in ähnlicher Weise der gegen sie verselbständigte technische Produktionsapparat, also ihre eigene gesellschaftliche Produktionspotenz, nicht als ihre Fähigkeit eine immense Masse von Produktionsmitteln zu verarbeiten, sondern als gänzlich unverhältnismäßige Übermacht, der sie sich zu unterwerfen und einzugliedern haben.²⁵ Vor allem aber gilt Management wie Arbeitskräften die gesellschaftliche Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, die in immer schnellerem Takt den Wandel – Wandel ist der richtige Ausdruck, weil die Änderungen keineswegs mit Verbesserungen oder gar Fortschritt gleichzusetzen sind – des technischen Produktionsapparates erfordert und in Gang hält, als Dynamik des Apparates selbst. So verlangt schon heute der sachgerechte Umgang mit der avancierten, weithin automatisierten und computergesteuerten Maschinerie hochproduktiver Industrien den Arbeitskräften neben spezifischem Fachwissen, Kenntnisse sogenannter Schlüsseltechnologien, vorrangig jedoch Flexibilität und eine positive Einstellung zur „corporate identity“ ab. Die tayloristischen Verrichter repetitiver Teilarbeiten von ehemals wären solchen Anforderungen kaum gewachsen. Denn es reicht nicht mehr, die Produktion am Laufen zu halten, sie muss beständig optimiert werden, und zwar von der Belegschaft selbst. So

24 Der Begriff der Ökonomie des konstanten Kapitals wird hier gegenüber seiner Bedeutung bei Marx erweitert. (Vgl. Marx 1987, S. 87.)

25 Günther Anders zufolge äußert sich dieses Missverhältnis subjektiv als „prometheische Scham“. (Vgl. Anders 1983, S. 21ff.)

wie die Wissenschaft immer anwendungsorientierter wird, wird die Anwendung des Arbeitsvermögens immer wissenschaftlicher, zu einem andauernden Entwicklungsprozess. Ist der Zwang zum technischen Wandel erst einmal zu einer Qualität des sachlichen Produktionsapparates verdinglicht, dessen Änderung Sachzwang, dann tritt die vermeintliche Unangemessenheit der individuellen Arbeitskraft an die Produkte ihrer gesellschaftlichen Anwendung notwendig auch ins ökonomische Bewusstsein, das nun den Schein der kapitalistischen Produktionsweise in naiver Weise zu seinem Gegenstand macht. Sie erscheint in der Form, dass Erziehung, Bildung und Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich länger dauern als die Veränderung der Technik und ihre Verallgemeinerung. Der technische Wandel lässt sich unmöglich 25 Jahre im Voraus prognostizieren, also in etwa die Zeit, die inklusive Hochschulstudium die Heranbildung einer neuen Generation von Arbeitskräften in Anspruch nimmt. Die zeitliche Diskrepanz der Rhythmen des technischen Wandels und der Anpassung der Arbeitsvermögen an ihn, der selbst Ausdruck der Herrschaft vergegenständlichter, toter Arbeit über die lebendige unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist, nötigt deshalb zu einer völligen Umgestaltung des sogenannten Bildungswesens (Vgl. Heinsohn 1971, S. 96). Es ist dann aus ökonomischer Sicht nur folgerichtig, wenn nun Ökonomen dazu übergehen, sich dessen zu bemächtigen, was bisher als Domäne der Pädagogen galt: „It should also be said that our task as educators is to provide instruction that will best serve students in adjusting their skills to the rapidly changing economy in which they live. Thus we ought to give a low rating to instruction that is specific. We ought to give a high rating to learning principles and theories. We should give the highest priority to instructions devoted to problem-solving using analytical methods (Schultz 1971, S. 151).“²⁶

Es fällt nicht schwer, alle gängigen Schlagworte der derzeitigen Bildungsdiskussion, wie man sie in fast allen Schulprogrammen finden kann, aus Schultz' Empfehlung abzuleiten – an voran das des lebenslangen Lernens und der Vorbereitung darauf. Traditionelle an bestimmten Gegenständen orientierte Wissensvermittlung wird ersetzt durch die Ausbildung sogenannter Kompetenzen, aus dem einfachen Grund, weil jedes bestimmte Wissen am Ende der Schullaufbahn bereits veraltet sein dürfte. In den Lehrplänen wird aus der Methode als dem Weg zum Gegenstand der Gegenstand zu einer Funktion des Methodischen.²⁷ Er dient nur noch der Erläuterung der Möglichkeiten des subjektiven Umgangs mit ihm. Die Methode, die Subjektivität gilt als Substanz, die Gegenstände

26 Schultz sieht es als eklatanten Mangel der Wirtschaftswissenschaften an, dass sie sich bisher noch nicht der Problematik gestellt und noch keine Antworten erarbeitet hat, wie die Ausbildung auszusehen habe und wie dies zu realisieren sei.

27 Noch vor wenigen Jahren bestanden die Lehrpläne vorrangig aus einer Auflistung der Gegenstände, die im Unterricht zu behandeln waren. Aus den neuen kompetenzorientierten Lehrplänen sind sie fast gänzlich verschwunden und durch folgende lapidare Bemerkung ersetzt worden: „Kompetenzerwerb erfolgt in Auseinandersetzung mit Inhalten.“ (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin 2006, S. 10)

als das, was wechseln kann. Das Subjekt selbst wird aber infolgedessen ebenso herabgesetzt, zum Inbegriff eines Baukastensystems, einer Ansammlung methodischer Kenntnisse, über die es jederzeit verfügen können soll. Jeder Gegenstand gilt genauso als bloßes Instrument wie jedes Wissen von ihm, das seinerseits als Instrument für weiteres Wissen einzusetzen ist, ohne dass noch irgendwelche Reflexion auf die gegenständlichen wie subjektiven Bedingungen der Möglichkeit solcher Instrumentalisierung gerichtet würde. Das macht die bruchstückhafte Kontinuität des technischen Wandels aus. Der generiert keineswegs ständig das Neue schlechthin, vielmehr folgt er geprägten Schemata, die auch technisch in einem Baukastensystem integriert sind. Letztlich tendiert die ihm angemessene und ihn voranbringende Bildung zu einer Art *ars combinatoria*. Dass immer mehr Arbeitskräfte auch die Hochschule durchlaufen müssen, bedeutet vor diesem Hintergrund deswegen nicht, dass damit der Anspruch auf allgemeine Bildung realisiert würde. Was dort und zuvor in den Schulen auch in den sogenannten geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern herangebildet wird, sind vorrangig Techniker, im besten Fall Technologen.

Während Schulen und Hochschulen zu Methodentrainingsanstalten verkommen, kommt andererseits der Erziehung immer größere Bedeutung zu. In ihr muss die positive Einstellung zu einem Leben als allzeit fungible Arbeitskraft geprägt werden. Die Bereitschaft zu Flexibilität und lebenslangem Lernen verlangen nach frühkindlicher Charakterbildung. Eltern, die selbst nicht mit solchen Anforderungen konfrontiert wurden, oder sie als Zumutungen einer sich verschlechternden sozialen Situation der Arbeitskräfte erfahren, dürften wenig geeignet sein, ihre Kinder adäquat zu motivieren. Auf die Motivation kommt aber alles an.

6.3 Integration der und durch die Familie

6.3.1 Von der Gewalt im Denken der Integration

Was missverständlicherweise unter dem Titel Neoliberalismus Eingang in Wirtschaft und Politik gefunden hat, trägt schon seinem theoretischen Selbstverständnis nach deutliche Züge totalitären Denkens. Gary Becker, einem der führenden neoliberalen Ideologen des Humankapitals zufolge sollen sich die Wissenschaften weniger durch ihre Gegenstandsbereiche als vielmehr durch ihre Denkweise unterscheiden (Vgl. Becker 1996a, S. 21). So erweitert sich das ökonomische Denken auf Gegenstände, die zuvor nicht dem Bereich der Ökonomie zugeordnet wurden. Becker glaubt demzufolge auch, dass sich so gut wie alles dem ökonomischen Ansatz erschließen lässt. Das impliziert zum einen, dass, soll dieses Vorgehen ein *fundamentum in re* haben, alles, was wissenschaftlich betrachtet werden kann, dem Kapital reell subsumiert ist oder zumindest werden kann. Zum anderen werden dann die diesselben Gegenstände vermittels disziplinär verschiedener Sichtweisen erschlossen und das wirkt liberal wie ein Plädoyer für die Vielfalt des Denkens, aber zugleich wird

die gesamte Ökonomie von eben nur jener einen Richtung usurpiert, der des sogenannten *rational choice* Ansatzes, der seinerseits durch seinen Namen signalisiert, dass rationales Verhalten in kalkulatorisch ökonomischem aufgehe. Rational denkt nur, wer davon ausgeht, dass der einzelne seine Wohlfahrt, so wie er sie sieht, maximiert (Vgl. Becker 1996a, S. 22). Rational denkt damit auch nur, wer die Lehre von der subjektiven Wertbestimmung, die Grenznutzentheorie als Grundlage akzeptiert und verwendet, um Phänomene ökonomisch zu analysieren.

Seinem Inhalt nach, ist dieses ökonomische Denken nicht weniger totalitär. Vermittels der Kategorie des Humankapitals wird nicht nur der „technical change“, sondern die Quelle aller Verwertung erfasst und theoretisch integriert, die Arbeitskraft. Indem die ökonomische Ideologie des Kapitals die Arbeitskraft als Humankapital definiert, greift sie gewissermaßen über auf das, was notwendigerweise selbst nicht Kapital ist. Vermittels der Kategorie des Humankapitals wird die Arbeitskraft noch bevor sie zum Markte getragen wird, und noch außerhalb des Produktionsprozesses, in dem sie als variables Kapital zu fungieren bestimmt ist, zu Kapital erklärt, nicht nur ihrer Potenz nach, sondern in ihrem Sosein. Daraus folgt notwendig die Aufhebung der traditionellen Trennung von Arbeits- und Privatsphäre und soweit die Öffentlichkeit in diesen Vorgang involviert ist, die Aufhebung zwischen Öffentlichem und Privatem. Das Private wird ökonomisch (Vgl. Forster 2010, S. 107ff.). Es folgt ebenso daraus, dass die Arbeitskraft als Kapital und mittels von Investitionen in sie modelliert werden muss. Da sie von ihrem Träger nicht zu trennen ist, bedeutet dies zugleich, dass dieser Träger, das Subjekt der Ware Arbeitskraft, zugerichtet werden muss. Dies zu denken, wirft, weil weder die Arbeitskraft Kapital ist, noch die Modellierung in Investitionen sich erschöpft, innerhalb des ökonomischen Ansatzes ganz eigene Schwierigkeiten auf. Denn „human capital“ unterscheidet sich als eigene Kapitalsorte von „non-human capital“ in spezifischer Weise: „The principal characteristic that distinguishes human from other kinds of capital is that, by definition, the former is embedded or embodied in the person investing (Becker 1993, S. 112).“²⁸ Der Unterschied besteht nicht, wie man denken könnte, in der Verkörperung von Kapital in Menschen statt in Sachen, denn als Körper sind Menschen gerade nicht von Sachen zu unterscheiden. Darüber hinaus taugte dieser Unterschied auch nicht zur *differentia specifica*, weil es ein physischer kein ökonomischer wäre.²⁹ Der Akzent des Satzes liegt auf dem Wort „person“. Von theoretischer wie praktischer Relevanz ist, dass die Investitionen in Humankapital sich in Personen verkörpern und mit ihnen fest verschmolzen sind. Dass der Träger der Arbeitskraft Person ist, bedeutet, dass er über diese frei verfügen können muss, um auf dem

28 Es muss hier nicht darauf eingegangen werden, dass diese Aussage schon deshalb falsch ist, weil, wie Becker selbst am „training on the job“ erläutert, die Person, in der sich die Investition verkörpert, keineswegs diejenige sein muss, die investiert. Innerbetriebliche Fortbildungen werden oftmals von den Firmen bezahlt.

29 Auch aus diesem Grund geht die Kritik, die Ideologie des Humankapitals mache Menschen zu Sachen oder Menschen zu rein ökonomischen Größen, so plausibel sie klingt, an der Sache vorbei.

Arbeitsmarkt als ihr Verkäufer auftreten zu können. Dass die Investitionen von ihm unablösbar sind, heißt, dass sie nicht weiterverkauft werden können, Erziehung, Bildung und Ausbildung keine möglichen Tauschwaren sind. Die Arbeitskraft und nicht nur ihre Anwendung, die Arbeit, dem Kapital zu subsumieren, käme somit der Abschaffung des Kapitalverhältnisses durch Einführung einer modernen Form von Sklaverei gleich. Dessen sind sich auch die Ideologen des Humankapitals bewusst.³⁰

Die spezifische Form der Vergegenständlichung des investierten Kapitals stellt ein privatwirtschaftlich organisiertes System von miteinander konkurrierenden Einzelkapitalen unter der Bedingung, dass diese angesichts des gegebenen technischen Standes der Produktion auch auf spezifisch ausgebildetes Personal angewiesen sind, vor das grundsätzliche Problem, dass Investitionen in die Ausbildung der Belegschaft extrem risikoreich sind. Denn die Ausgebildeten können nach ihrer Ausbildung kündigen und zur Konkurrenz wechseln und dabei das investierte Kapital mit sich forttragen und ferner zum Nutzen des Konkurrenten einsetzen, oder unter der Drohung sich derart zu verhalten, höhere Löhne fordern. Die Firma hätte dann nicht nur die Investition zu tragen, sondern, in der Sprache der Ökonomen, auch noch die Rendite aus dieser Investition an die Mitarbeiter weiterzugeben.

Unter diesen Voraussetzungen bleibt nur die Alternative, dass die Personen selbst in ihr Arbeitsvermögen investieren und damit auch die Berechtigung erwirken, die Rendite einzustreichen, oder dass die Ausbildung gesellschaftlich organisiert werden muss. Die letztere Variante ist prinzipiell inkompatibel mit dem Investmentansatz, denn dem zufolge ist es nur gerecht, dass derjenige, der später von der Ausbildung zu profitieren hofft, auch die Investition tätigt. Eine gesellschaftliche Zuständigkeit impliziert hingegen, dass es sich bei den Aufwendungen für Bildung und Erziehung nicht um Investitionen, sondern um Kosten handelt, die entstehen, weil die zukünftigen Arbeitskräfte für die Technik der Zukunft tauglich gemacht werden müssen.³¹

Kompatibel mit dem Investmentansatz ist sie hingegen, wenn die sogenannte Frage der sozialen Gerechtigkeit ersetzt wird durch die nach der Effizienz.³² Dann dreht sich die Debatte eigentlich nur um technische Fragen, darum, ob eine gesellschaftliche bzw. staatlich organisierte Bildung insgesamt billiger und dem zu erreichenden Zweck angemessener ist als eine in privater Regie.³³ Zu

30 Zu Recht wehren sich Schultz ebenso wie Becker gegen den Vorwurf, die Arbeitskräfte durch ihre Erfassung als Humankapital begrifflich zu versklaven. (Vgl. Schultz, 1971, S. 26)

31 In Hamburg wehrten sich die selbsternannten Leistungsträger gegen eine allgemeine Verlängerung der Grundschulzeit, weil sie glaubten, mit ihren Steuergeldern, die zukünftigen Konkurrenten ihrer Kinder zu finanzieren.

32 Regierungen und Parlamente verschiedener parteipolitischer Zusammensetzung haben in den letzten Jahrzehnten solche Kompatibilität hergestellt, indem sie kontinuierlich Unternehmen und Vermögen von Steuern entlastet haben. Hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Kosten ist es völlig gleichgültig, ob sie von den Arbeitenden privat oder per Steuer aufgebracht werden.

33 Ein Einwand gegen die Zweckmäßigkeit staatlicher Organisation des Bildungswesen könnte im gegebenen

welchen Lösungen man auch immer in dieser Debatte kommen wird, der Investmentansatz impliziert notwendig, dass die Kosten für Erziehung, Bildung, Gesundheit etc. unter dem Titel vermeintlicher Investitionen von den Firmen, vom Kapital, auf die arbeitenden Individuen, die Arbeitskräfte, übertragen werden (Heinsohn 1971, S. 154).

Aus den Kosten, die Erziehung und Bildung verursachen, weil sie nicht weiter tauschbare Konsumgüter sind, machen die Ideologen des Humankapitals Investitionen. Investitionen haben im Gegensatz zur Konsumtion einen ökonomischen Nutzen und gemäß dem ökonomischen Ansatz sind die Individuen, egal welches ihre Bedürfnisse sein mögen, Nutzenmaximierer. Sie investieren in Erziehung und Bildung mit dem Ziel der Verwertung, der Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals. Die Freiheit der *homines oeconomici* besteht darin, Investitionsentscheidungen zu treffen, d.h. ihr Geld(kapital) in diejenige Kapitalsorte zu lenken, die die höchste Ertragsrate verspricht. Eltern haben die Wahl, das, was sie ersparen können³⁴, in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu stecken, oder es so anzulegen, dass sie ihnen ein Vermögen vererben können (Becker 1993, S. 92).

Der Sache nach beinhaltet die Umbenennung von Kosten in Investitionen nicht nur eine euphemistische Verklärung, sondern auch eine klare Anweisung bzw. Beschränkung für diejenigen, deren Kinder wie sie selbst nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben werden, wie sie zu konsumieren haben. Der Utilitarismus des ökonomischen Ansatzes schlägt um in die Diktatur der Setzung inhaltlicher Zwecke, die die Individuen noch in ihrer Privatsphäre zum Frommen der bloßen Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und damit ihrer eigenen Ausbeutung zu verfolgen haben. Der Neoliberalismus tilgt noch das letzte Moment am Liberalismus und der *american way of life* offenbart sich als die Sackgasse, wo in der berühmten Formel der *pursuit of happiness* die Verwertung des Werts mit *happiness* gleichgesetzt ist.

Der Sachverhalt, dass Erziehung und Bildung keine Investitionen darstellen, sondern Kosten verursachen, bricht sich allerdings auch in der Ideologie des Humankapitals seine Bahn und nötigt ihre Propagandisten gerade in dem Bereich der Privatsphäre, den sie dank ihres Ansatzes neu der Ökonomie zu erschließen können glauben, zu einer Scheinlösung für eine gesellschaftliche Problematik, die sie nicht begreifen können und die die politische Umsetzung ihrer Vorschläge verschärfen muss. Da die Arbeitskräfte weder ihre Kinder zur Arbeit schicken dürfen, damit sie

Zusammenhang z.B. sein, dass sie nur die allgemeinen bzw. produktionssphärenspezifischen Grundlagen der späteren Arbeitstätigkeit legen kann. Sie wird immer durch zumindest eine Einarbeitung und durch Weiterbildung, aufgrund des firmeninternen technischen Wandels, zu ergänzen sein. Dass in der derzeitigen Krise das Angebot des Kurzarbeitergeldes so bereitwillig angenommen wurde, mag darauf hinweisen, dass die Firmen solche Kosten als nicht gering einschätzen.

34 Dabei ist selbstverständlich immer vorausgesetzt, dass es etwas zu sparen gibt. Was diese Voraussetzung beinhaltet, darüber legen sich Schultz, Becker und Konsorten keine Rechenschaft ab. Sie gehen vielmehr von dem empirischen Befund steigender Löhne in den 60er Jahren aus.

etwas zum Familienhaushalt beitragen, noch angesichts einer gesellschaftlichen Organisation ihrer Altersversorgung in einem Sozialversicherungssystem individuell auf die späteren Arbeitsleistungen ihrer Kinder angewiesen sind, mangelt ihnen jedes egoistische ökonomische Motiv, überhaupt Kinder aufzuziehen. Tatsächlich fehlt es nicht nur, sondern, wer Kinder in die Welt setzt, schadet sich selbst sowohl im Konkurrenzkampf um gut dotierte Stellen, als auch durch die Einbußen, die er am eigenen Konsumtionsfond zugunsten der Kinder hinzunehmen hat. Kinder sind in der BRD bekanntlich das Armutrisiko Nummer 1.

Gary S. Becker muss deshalb zugestehen, dass in bezug auf die Familie das alte liberalistische Credo, dass die Einzelnen durch Verfolg ihrer je eigenen, egoistischen Interessen, ohne es zu wissen und zu beabsichtigen, das allgemeine Beste hervorbringen, nicht länger trägt: „Die Annahme des Eigennutzes in Markttransaktionen hat sich als sehr brauchbar erwiesen, hilft uns aber nicht weiter, wenn wir Familien verstehen wollen. Im Gegenteil, Familienhaushalte unterscheiden sich von Unternehmen und anderen Organisationen hauptsächlich dadurch, daß die Allokation innerhalb von Familien größtenteils durch Altruismen und dementsprechende Verpflichtungen bestimmt wird, während die Allokation in Unternehmen größtenteils durch implizite oder explizite Verträge zwischen eigennützigen Mitgliedern bestimmt wird. (...) Die Opfer von Eltern, die ihren Kindern helfen wollen, aber auch das umgekehrte Phänomen, so wie die Liebe, die Ehepartner in vielen Fällen verbindet, deuten auf die hochgradig persönlichen Beziehungen in Familien hin, die in anderen Organisationen üblicherweise nicht zu finden sind (Becker 1996b, S. 106).“

Das Motiv der jetzigen Arbeitskräfte, sich um die künftigen angemessen zu kümmern, sei, so Becker, ihr Altruismus. Den Altruismus an entscheidender Stelle in eine Theorie einzuführen, die auf der Grundlage des Egoismus zu beruhen schien, sei darum möglich und mit ihr vereinbar, weil sie tatsächlich gar keine Aussage über individuelle Motive beinhalte. Genau darin, dass die Individuen selbst darüber entschieden, was sie für sich für nützlich hielten, bestünde gerade ihre Freiheit, die die Theorie ihnen lasse (Becker 1996b, S. 106). Das wirkt wie ein eleganter Ausweg. Becker abstrahiert jedoch nicht nur vom Inhalt möglicher Motive, sondern auch von seinem Ausgangspunkt, davon, dass er den Altruismus einführen musste, weil eben gar kein ökonomischer Nutzen für die Eltern zu bezeichnen war. Dieser Begriff steht nicht nur für die Enthaltung der Theorie gegenüber der Unterstellung eines Motivs, sondern Becker unterstellt damit selbst den Eltern ein bestimmtes Verhalten. Sie, der Gegenstand des Theoretikers, müssen tun, was er tut, sie müssen von ihrem Eigennutz abstrahieren, wenn sie Kinder in die Welt setzen. Der Theoretiker des Humankapitals entlässt also keineswegs die Individuen in die Freiheit, nach ihrem Gutdünken zu handeln, vielmehr verpflichtet er sie dazu, von ihrem eigenen Nutzen abzusehen. Kaschiert wird diese Verpflichtung dadurch, dass darauf verwiesen werden kann, dass es solches Verhalten

tatsächlich gibt. Becker verdeckt damit aber nur, dass Eltern-, Kinder- und Gattenliebe für die Wirtschaftswissenschaft ein vollkommenes Rätsel bleiben müssen, weil sie aus Sicht des Nutzenkalküls völlig irrational sind.

Vom Inhalt der Motive muss die Grenznutzenlehre abstrahieren, voraussetzen muss sie allerdings trotzdem, dass sie solche haben. Bei näherem Hinsehen erweist sich die Garantie der Freiheit der Individuen als die Freiheit des Theoretikers all das anzunehmen, was ihm in den Kram passt. Verleugnen lässt sich auch durch diese Konstruktion der Egoismus aber nicht völlig. Die Individuen sind Nutzenmaximierer. Auch wenn sich der Ökonom nicht darum kümmert, welchen Nutzen sie haben, irgendeinen müssen sie haben. Auf die individuelle Rationalität des Homo oeconomicus kommt im *rational choice* Ansatz schließlich alles an. Scheitert das ökonomische Denken daran, einen Nutzen zu benennen, scheitert es insgesamt. Und dieser Nutzen muss immer der einzelner, nicht auswechselbarer Individuen sein. Es muss also ein Nutzen der Eltern benannt und ihr Altruismus an ihren Egoismus zurückgebunden werden. Darum führt ihn Becker bei seiner Definition des Altruismus wieder ein: „Dabei heißt 'altruistisch', daß der Nutzen der Eltern vom Nutzen der Kinder abhängt (Becker 1996b, S.106).“ Die Eltern bringen Opfer für ihre Kinder, oder genauer bezogen auf die Grenznutzenlehre: Sie müssen den vom Nutzen der Kinder abhängigen eigenen Nutzen als höher einschätzen als ihren Eigennutzen.

Becker arbeitet bei seiner Definition des Altruismus wie generell die Grenznutzenlehre mit einer Äquivokation im Begriff des Nutzens (Vgl. Bucharin 1926, S. 69ff.). Der Nutzen kann der irgendwelcher Gebrauchswerte sein, oder der ökonomische Nutzen eines Kapitals, das einen Zins abwirft. Da Altruismus den Eltern gerade deswegen unterstellt wird, weil Erziehung und Bildung ihrer Kinder auch als Investition für sie immer nur Kosten verursachen, muss die Definition Beckers bedeuten, dass der ökonomische Nutzen der Kinder einen wie immer gearteten nicht-ökonomischen Nutzen der Eltern beinhaltet. Die Gleichung, die die Definition aufmacht, ist eine Ungleichung, die abhängige Größe, der Nutzen der Eltern eine andere als die unabhängige, der Nutzen der Kinder.

Nun haben nicht nur die Eltern, sondern auch ihre Kinder während ihrer Erziehungs- und Schulzeit keinerlei ökonomischen Nutzen von den getätigten Investitionen und auch die Aussicht darauf kann man wegen der Nichtprognostizierbarkeit des technischen Wandels oder der Anwendbarkeit des künftigen Arbeitsvermögens nicht als realen Nutzen betrachten. Selbst wenn man annehmen wollte, die Eltern erfreuten sich an der Wohlerzogenheit und zunehmenden Bildung ihrer Kinder, wären der Nutzen solcher Freude und der zukünftige ökonomische Nutzen der Kinder nicht nur völlig verschiedener, sondern geradezu gegensätzlicher Natur, weil die Eltern dabei von letzterem abstrahieren würden.

Einen ökonomischen Nutzen können Eltern wie Kinder nur nach dem Erziehungs- und Bildungsprozess haben: Die Kinder, indem sie verdienen; die Eltern, indem sie nicht weiter investieren müssen. Auch in diesem Fall, dem einzigen, in dem der Nutzen auf beiden Seiten gleichartig, weil ökonomisch ist, ist er jedoch von gegensätzlicher Art. Während die Eltern, um die Kosten gering zu halten, darauf achten müssen, dass die Kinder schnellstmöglich aus dem Haus kommen und selbst ihren Unterhalt bestreiten, muss denen daran gelegen sein, eine möglichst umfassende Bildung zu erlangen, damit sie Zugang zu hoch dotierten Stellen erhalten.

Wie man es dreht und wendet, die theoretische Abstraktion im Begriff des Altruismus erweist sich als Abstraktion von den realen Gegensätzen innerhalb der Familie, auf der Basis dessen, dass diese die Kosten für die Kinderaufzucht zu tragen hat. Er fungiert nur als Lückenfüller für die Absenz jeglichen ökonomischen Nutzens solcher Tätigkeit. Er ist die Leerformel für die aus ökonomischer Sicht völlig unerklärliche Tatsache, dass diejenigen, die in der Wirtschaftswissenschaft nur noch als Verwerter des Werts figurieren, obwohl sie sich damit ökonomisch schaden, immer noch Kinder produzieren und aufziehen. Das nötigt dazu, selbst die Arbeit von Becker und Konsorten zu machen, und genauer zu untersuchen, was denn solcher Altruismus der Eltern als Abstraktion vom Eigennutz beinhaltet.

6.3.2 Von der Gewalt der Praxis der Integration

Altruistisch verhalten sich die Eltern nicht, wie man meinen könnte, in Bezug auf ihre Kinder – was eine unzulässige Einschränkung des allgemeinen Begriffs des Altruismus bedeuten würde –, sondern in Bezug auf eine Gesellschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, für deren auch zukünftiges Bestehen sie durch deren Zurichtung und eigene Askese sorgen. In der BRD gestaltet sich derzeit die Nachwuchsvorsorge so, dass gewisse Anreize wie das Elterngeld gegeben werden, um Paare zu veranlassen, Kinder zu zeugen. Danach, soweit es um die Qualifizierung der künftigen Arbeitskräfte geht, kommt das vermeintliche Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder weitgehend einer staatlich verordneten Pflicht gleich (Vgl. Heinsohn 1971, S. 153). Es werden deshalb vor allem jene animiert, Kinder zu bekommen, die sich deren Erziehung und Bildung auch leisten können. Die Rechte der anderen, derjenigen, die es sich nicht leisten können, aber trotzdem den Fehler begehen, Kinder zu machen, sollen hingegen eingeschränkt werden. Die Erziehung ihrer Kinder soll – weitgehend zumindest – unter staatlicher Aufsicht stattfinden. Universell verbrämt wird durch Euphemismen wie Evaluation, Qualitätsmanagement oder frühkindliche Förderung, der regelnde Zugriff und die Kontrolle entweder der Eltern, ob sie denn auch genug an der eigenen Konsumtion für ihre Kinder abknapsen, oder der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, ob sie denn effizient und zielführend im Sinne späterer Anwendbarkeit ihrer Zöglinge fungieren. Die

Politik von Frau von der Leyen ist nicht rassistisch, weil sie den CDU-Stammwählern weitere Ausgaben für die Familie schmackhaft machen muss, indem sie suggeriert, dass nur deutsche Akademikerinnen die fleißigen und zuverlässigen Arbeiter von morgen produzieren können, sondern aus rein ökonomischem Kalkül. Die sogenannten Besserverdienenden sind diejenigen, die die nötige Ausbildung selbst finanzieren können und der Rassismus des Elterngeldes der Weg, wie notwendige Sozialausgaben niedrig gehalten werden können.

Es bleibt aber nicht bei der Teilung in diejenigen, die auf Nachprüfbarkeit bestehen können, ob ihr Geld in Kindergärten und Schulen gut angelegt ist, und diejenigen, denen Auflagen gemacht werden. Es transformiert sich das Familienmodell insgesamt. Dies war traditionell an der bürgerlichen Familie orientiert. In ihr gab es stets ein veritables Motiv für Nachwuchs. Denn im Gegensatz zu jenen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, verfügte die bürgerliche Familie über produktives Eigentum, das, sollte es als Kapital weiter fungieren, an jemanden vererbt werden musste, der die Firma weiterführen konnte. Darüber hinaus war hier tatsächlich die Altersversorgung der Eltern vom Fortbestand des Betriebes abhängig. Beckers Altruismusformel ergibt dann einen gewissen Sinn, wenn man sie auf solche Verhältnisse anwendet. Denn dann ist der ökonomische Nutzen für die Kinder auch einer der Eltern, so wie umgekehrt die Kinder vom ökonomischen Nutzen der Eltern profitierten, die dank des heimischen Betriebs die Erziehung und Bildung der Kinder bestreiten konnten. Nur hat dann der Ausdruck Altruismus einen anderen Sinn. Er bezieht sich unter solchen Bedingungen nicht auf die Kinder, sondern auf die Familie. Als deren Sachwalter fungieren die Eltern, und ihre Kontinuität wird durchs Familienvermögen garantiert. Letzteres bildet dann die Substanz der Familienbeziehungen. Der Vater sieht in ihm, oder genauer: im capital fixe der Firma, seine lebenslange Ausbeutungsleistung vergegenständlicht und zwingt den Sohn autoritär dazu, diese Arbeit über sein Lebensende fortzuführen. Sachlich ist dies Autoritätsverhältnis in der langen Umschlagszeit des capital fixe und der Notwendigkeit seiner beständigen Reproduktion begründet, irrationell aus Sicht der Produktionsverhältnisse ist es jedoch, insofern die Produktionsanlagen nicht als Kapital betrachtet werden. Die Verwertung des Vermögens ist nicht an ein besonderes, einzelnes capital fixe gebunden und die Kontinuierung des Familienbetriebs wird sogar zu einem Risiko, wenn aufgrund technischen Wandels die Maschinerie schneller moralisch als durch ihren Gebrauch verschleißt. Den Kindern fällt somit zwar die Aufgabe zu, das Familienvermögen zu mehren, aber diese Aufgabe ist nicht identisch mit der Fortführung eines bestimmten Unternehmens. Deshalb wird in Beckers Definition des Altruismus, der Nutzen der Eltern von dem der Kinder abhängig gemacht. Der Investmentansatz beinhaltet, dass das Familienvermögen als zu vererbendes Kollektivvermögen aller Familienmitglieder, das immer nur zeitweise vom Familienvorstand verwaltet wird, aus Sicht der Kinder als zu investierendes Kapital

und nicht aus Sicht der Eltern als Kapital, in das zu investieren sei, betrachtet wird. Mit ihrer Substanz lösen sich auch die Familienbeziehungen, ihr Zweck fällt zusammen mit dem allgemeinen gesellschaftlichen der Verwertung des Werts.

Umgekehrt kann nur investiert werden in das, was zuvor produziert wurde. Das bestimmt die Sicht der Gegenseite, das Arbeiterbewusstsein. Dass die Rente der früher Arbeitenden vermittelt einer Umlagenversicherung durch die Arbeit der jetzt Arbeitenden finanziert würde, ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich müssen die Güter, die sie konsumieren, dann produziert werden, wenn sie sie konsumieren – das gilt auch für jede Versicherung mit Kapitaldeckung und deswegen sind die Unterschiede in den Versicherungstypen Schein. Aber ein Anrecht auf diese Rente haben sie, weil sie die Produktionsmittel produzierten, mit dem ihre Nachkommen auf erweiterter Stufenleiter jene Konsumtionsmittel produzieren. Ihre zukünftige Rente ist im gesellschaftlichen capital fixe vergegenständlicht, das sie geschaffen haben. Sie haben so ein veritables Interesse daran, die Jungen in dessen Verwertungsprozess zu pressen.

Eine formelle Subsumtion der Arbeitskraft vor ihrer Anwendung unters Kapital ist nicht möglich, weil sie das Kapitalverhältnis in Sklaverei aufheben würde. Theoretisch wird die Schwierigkeit dadurch behoben, dass die Arbeitskraft außerhalb des Produktionsprozesses nicht subsumiert, sondern mit dem Kapital identisch gesetzt wird. Das irrationale Identisch-Setzen von innerhalb des Verhältnisses Nichtidentischem stellt sich in der Praxis und für die Arbeitskräfte als ökonomischer Imperativ der Identifikation nicht mehr mit dem Vater, auch nicht mit der Nation, sondern mit der abstrakten Verwertung des Werts dar. Die Arbeitskräfte müssen sich selbst versklaven, und sofern sie dies noch nicht können, weil sie noch Kinder sind, müssen der Staat und die Eltern sie zu Selbstaubeutern erziehen. Dabei ist der Eigennutz der letzteren durch den Gemeinnutz vermittelt. Die erzwungene Identifikation empirischer Individuen mit dem nackten Prinzip der Verwertung ohne weitere Vermittlung generiert ein ökonomisches Gewaltregime, getragen von jenen, die ob ihres ökonomischen Erfolgs sich für eine Elite halten.

7. Literatur:

- Anders, Günther (1983): Die Antiquiertheit des Menschen, 1. Bd., München
- Becker, Gary S. (1993): Human Capital, Chicago / London
- Becker, Gary S. (1996a): Die ökonomische Sicht menschlichen Verhaltens, In: Ders.: Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen
- Becker, Gary S. (1996b): Die ökonomische Analyse der Familie, in: Ders.: Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen
- Bensch, Hans-Georg (1995): Vom Reichtum der Gesellschaften, Lüneburg
- Brecht, Bertolt (1991): Der Aufstieg des Aturo Ui, In: Ders.: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Stücke 7, Frankfurt am Main
- Bucharin, Nikolai (1926): Die politische Ökonomie des Rentners. Die Wert und Profittheorie der österreichischen Schule, Berlin / Wien
- Bulthaup, Peter (1973): Die gesellschaftliche Funktion der Naturwissenschaften, Frankfurt am Main
- Casale, Rita (2008): Die Erziehung der Leidenschaften und die Geschichte der Gouvernamentalität. In: Ricken, Norbert / Liesner, Andrea (Hrg.): Die Macht der Bildung. Bremen, S. 36-44
- Forster, Edgar (2010): Postdemokratie, Humankapital und politische Handlungsfähigkeit, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 35/2, S. 104-120.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernamentalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main
- Heinsohn, Gunnar (1971): Vorschulerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte, Funktion, aktuelle Lage, Frankfurt am Main
- Hirsch, Joachim (1971): Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt am Main
- Marx, Karl (1976): Das Kapital, 1. Bd., Frankfurt am Main
- Marx, Karl (1987): Das Kapital, 3. Bd., Berlin
- Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt am Main
- Marx, Karl (1983): Grundrisse einer Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx Engels Werke, Bd. 42, Berlin
- Schultz, Theodore (1971): Investment in Human Capital, New York
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin (2006): Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Deutsch, Berlin
- Smith, Adam (1974): Der Wohlstand der Nationen, München